

PERMANENTE REVOLUTION

Erklärungen und
Dokumente
des CoReP



NUMMER 1 | 2025

Inhaltsverzeichnis

USA: Nach dem Sieg von Trump eine Massenpartei der Arbeiter*innen aufbauen.....	3
Die Gründe für Trumps Erfolg.....	3
Die unabdingbare Notwendigkeit, die Arbeiterklasse von Kirchen und bürgerlichen Parteien zu emanzipieren.....	4
Trumps Sieg bereitet eine Offensive gegen die amerikanische Arbeiter*innenklasse und gegen die Demokratie vor.....	5
Eine Beschleunigung der Faktoren wirtschaftlicher Krisen und interimperialistischer Konflikte.....	6
Syrien: Für eine Arbeiter*innen- und Bäuerinnenregierung kämpfen!.....	7
Es lebe der Sturz des Tyrannen! Nein zur islamistischen Reaktion!.....	7
Das alte Regime: Henker seines eigenen Volkes und des palästinensischen Volkes.....	7
Syrien: Spielball rivalisierender bürgerlicher Cliques, regionaler Mächte und imperialistischer Konkurrenten.....	8
Israel, Hände weg vom Libanon, Syrien und Iran! Stoppt den Genozid in Gaza!.....	9
Der dritte israelische Krieg gegen den Libanon.....	9
Der Libanon - ein vom europäischen Imperialismus geschaffener künstlicher und klerikaler Staat.....	10
Israel - kolonialistisch und kriegstreiberisch.....	10
Die Hisbollah, eine bürgerliche und klerikale Partei-Armee.....	10
Für die Auflösung des Kolonialstaats und die sozialistische Vereinigung der Levante.....	11
Befreiung der 10.000 palästinensischen Geiseln!.....	12
Der US-Imperialismus spitzt die weltweiten Widersprüche zu.....	13
Der Schachzug Bahçelis und die Strategie Erdoğan's.....	17
Internationalistische kommunistische Anmerkungen zur Bedeutung des „Aufrufs zu Frieden und einer demokratischen Gesellschaft“ des PKK-Führers.....	17
(EKIB/Türkei).....	17
Einleitung.....	17
Der Hintergrund des Prozesses, der mit Bahçeli als Sprecher begann.....	18
Was ist die Frage der inneren Front?.....	19
Die innere Front und die imperialistischen Ziele Erdoğan's.....	19
Wie sind die Ernennung von Verwaltern anstelle von Gewählten und die Operationen gegen den HDK zu verstehen?.....	20
Wie lautet der Name des Problems in Kurdistan?.....	20
Warum die Revolution Kurdistans eine permanente Revolution sein muss.....	21
Die Notwendigkeit von Verbündeten im Nahen Osten und die Perspektive der sozialistischen Revolution.....	22
Die permanente Revolution und die Zukunft Kurdistans.....	22
Ist der schlechteste mögliche Frieden besser als der Krieg? Die Trennlinien zwischen liberalen Pazifisten und internationalistischen Kommunisten in Bezug auf den Frieden.....	22
Die ideologische Entwicklung der PKK.....	23
Die ideologische Entwicklung von Öcalan und der PKK nach İmralı.....	24
Was sollte unsere internationalistische kommunistische Strategie sein?.....	26

USA: Nach dem Sieg von Trump eine Massenpartei der Arbeiter*innen aufbauen

	Wahlbeteiligung	Democratic Party	Democratic Party	Republican Party	Republican Party
	%	Wahlmänner	Stimmen (in Millionen)	Wahlmänner	Stimmen (in Millionen)
2016	55,67	227	66	304	63
2020	66,9	306	81,3	232	74,2
2024	59,82	226	70,99	312	74,71

Trumps Sieg ist nicht auf einen Erdrutsch von Stimmen zur Republikanischen Partei zurückzuführen, sondern auf einen Einbruch auf Seiten der Demokratischen Partei. Zunächst einmal haben sich viele Wähler enthalten. Im Jahr 2024 übersteigt die Rate der Enthaltungen 40 %, was zwar weniger ist als 2016, wo sie über 43 % lag, aber dennoch 7 Punkte höher ist als 2020. Dies ist beträchtlich, vor allem wenn man bedenkt, dass zu diesen fast 100 Millionen Stimmenthaltungen noch Millionen von arbeitenden Geflüchteten, illegalen Migrant*innen, Verurteilten usw. hinzukommen, die kein oder kein volles Wahlrecht besitzen.

Trump erhält kaum mehr Stimmen als 2020, etwa 450.000 Stimmen mehr, obwohl die Zahl der registrierten Wähler um mehr als 6 Millionen gestiegen ist. Tatsächlich handelt es sich also um einen leichten Rückgang der Stimmen im Verhältnis zur Wählerschaft. Der Verlust von mehr als 10 Millionen Stimmen für die Demokratische Partei führt letztendlich zu Trumps Sieg.

Unter diesen Bedingungen gewinnt Trump deutlich an Wahlmännern (der Präsident wird in der antidemokratischen Verfassung der USA nicht direkt gewählt) und holt sich den Sieg in den 7 „swing states“ (Schlüsselstaaten). Die Republikanische Partei gewinnt die Mehrheit im Senat zurück und wird voraussichtlich auch die Mehrheit im Repräsentantenhaus behalten. Mit sechs von neun ihm wohlgesonnenen Richtern am Obersten Gerichtshof und mit der nahezu vollständigen Kontrolle über die Republikanische Partei wird Trump somit alle institutionellen Hebel in der Hand halten.

Die Gründe für Trumps Erfolg

In den führenden imperialistischen Ländern verschlechtern sich die Lebensbedingungen des Proletariats und großer Teile des Kleinbürgertums (Beamte, arbeitende Bauern usw.) stark, selbst wenn diese Länder positive Wachstumsraten des BIP aufweisen. Das ist auch in den Vereinigten Staaten der Fall, wo die Verarmung und Prekarisierung eines Teils der Bevölkerung seit mehreren Jahren voranschreiten. Viele der Arbeitsplätze, die seit der Erholung ab 2021 geschaffen wurden, sind prekär und schlecht bezahlt. Die Arbeiter*innenklasse litt unter Biden stark unter der Inflation, und auch wenn die Preise langsamer steigen, liegen sie noch immer 20 % höher als 2020, also vor der Pandemie.

Biden hat keine einzige der Steuervergünstigungen für die Reichen und Großkonzerne zurückgenommen, die Trump eingeführt hatte. Ende 2022 verbot er den Eisenbahnern zu streiken. Er unterstützt den Genozid in Gaza. Die demokratische Kandidatin sprach sich für eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze und die Förderung der umweltschädlichsten Energien aus, obwohl die klimatischen Veränderungen auch die Vereinigten Staaten nicht verschonen. Zu Recht sah ein Teil der Arbeiter*innen und Student*innen in Harris lediglich eine Repräsentantin des „Establishments“, ähnlich wie einst Hillary Clinton. Es gibt keine Massenpartei der Arbeiter*innen, die eine Alternative anbieten könnte. Dies ist einer der Gründe für die Stimmenthaltung und das Wählen von Trump.

Die Frage der wirtschaftlichen Lebensbedingungen überwog alle anderen Faktoren und verstärkte sogar die Stimmen für Trump unter lateinamerikanischen und afroamerikanischen

Wähler*innen, trotz der rassistischen und fremdenfeindlichen Angriffe in seiner Kampagne. Der Kern der republikanischen Kampagne bestand darin, die "Fremden" zu Sündenböcken für die internen Probleme zu machen.

Es gibt daher zwei Aspekte des Wahlergebnisses::

- ◆ eine Wahlenthaltung als Bestrafung der Demokratischen Partei, die für die Verschlechterung der Lebensbedingungen des Proletariats verantwortlich gemacht wird;
- ◆ ein teilweise zustimmendes Votum für das Wahlprogramm Trumps, einschließlich Protektionismus und Fremdenfeindlichkeit, die angeblich den Wohlstand zurückbringen sollen.

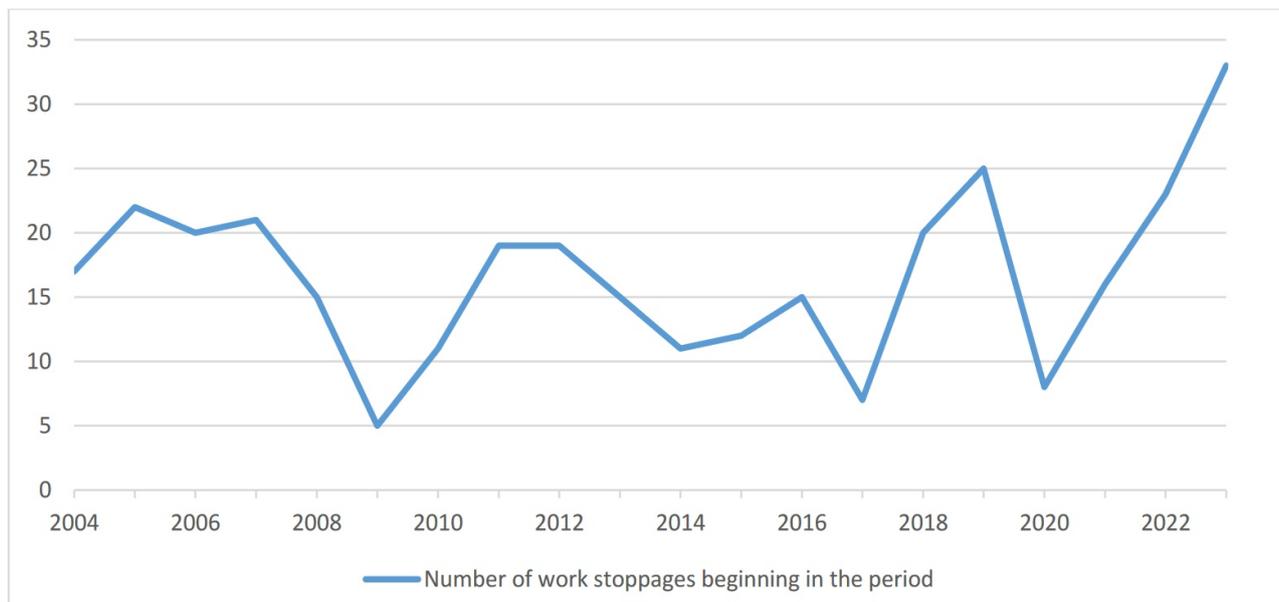
Trumps Basis hat sich in der MAGA-Bewegung gefestigt, die die Kontrolle über die Republikanische Partei übernommen hat (trotz der Losung zum Kapitol-Sturm am 6. Januar 2021, nachdem Trump die Wahl verloren hatte). Flankiert von faschistischen Gruppen und mit dem Segen evangelikaler Kirchen setzt sich die Basis aus Veteranen verlorener Kriege, Deklassierten, einem Teil der ehemaligen weißen Arbeiter*innenaristokratie, die einst von den Resten des amerikanischen Imperialismus profitierte, einem bedeutenden Teil des Kleinbürgertums und sogar einer rückständigen Minderheit des Proletariats zusammen. Diese glauben, dass ein alles umfassender Protektionismus und die

Vertreibung von Migrant*innen Amerika wieder groß machen würden.

Ein weiterer Faktor für die Stimmabgabe für Trump ist das Engagement kapitalistischer Schwergewichte wie Elon Musk. Diese erhoffen sich erhebliche Steuersenkungen, eine aggressive Deregulierung für ihre Unternehmen in allen Bereichen und Aufträge des Staates, insbesondere im militärischen Bereich.

Die unabdingbare Notwendigkeit, die Arbeiterklasse von Kirchen und bürgerlichen Parteien zu emanzipieren

Diese Ergebnisse zeigen die politische Sackgasse auf, in die das amerikanische Proletariat durch die Abhängigkeit der Gewerkschaften und der Organisationen der Unterdrückten von den beiden bürgerlichen und imperialistischen Parteien, der Republikanischen Partei (RP) und insbesondere der Demokratischen Partei (DP), gebracht wurde. Hinzu kommt die Unterordnung der „kommunistischen“ Partei (CPUSA) und der „Sozialisten“ (DSA, denen sich auch mehrere pseudo-trotzkistische Gruppen angeschlossen haben) unter die DP.



Bureau of Labor Statistics, 21. Februar 2024

Dabei kämpft die amerikanische Arbeiterklasse, wie die Streiks der Drehbuchautoren und Schauspieler, in der Automobilindustrie, bei Kaiser Permanente, bei Starbucks im Jahr 2023 und bei den Hafendarbeitern an der Atlantikküste

oder bei Boeing im Jahr 2024 gezeigt haben. Allerdings führten diese Arbeitskonflikte meist nur zu Teilerfolgen, da die Gewerkschaftsbürokratie (oft in Verbindung mit der Demokratischen Partei) oder die von der Biden-Regierung

entsandten „Vermittler“ den Streikenden in den Rücken fielen und die Ausweitung der Streiks verhinderten, wenn sie diese nicht sogar komplett unterbanden, wie etwa bei UPS im Jahr 2023.

Zwischen diesen Kämpfen und einer politischen Perspektive für eine Arbeiter*innenregierung gibt es aber keinerlei Verbindung. Da es keine politische Vertretung der Arbeiter*innenklasse gibt, sind politische Orientierungspunkte gering, sofern sie nicht überhaupt fehlen. Die Verantwortung dafür liegt bei den Gewerkschaftsführern, den Organisationen der Unterdrückten und den „Sozialisten“ oder „Kommunisten“, die sich weigern, die Verbindungen zur Demokratischen Partei und damit zur Bourgeoisie zu kappen und eine Arbeiterpartei zu gründen.

So hat ein erheblicher Teil der Arbeiter*innenklasse nicht gewählt, da er zurecht DP und RP als zwei Seiten derselben Medaille ansah. Jedoch konnten sich diese Arbeiter*innen auch nicht einer Klassenkandidatur zuwenden. Die Kandidatur Jill Steins von der Green Party war keineswegs eine Arbeiter*innenkandidatur, auch wenn sie für ein Ende der Waffenlieferungen an Israel eintrat. Ein anderer Teil der Arbeiter*innen stimmte für die Demokraten, etwa um das Recht auf Abtreibung zu verteidigen. Schließlich gab es eine Minderheit, die republikanisch wählte, wobei einige sogar glaubten, Trump würde die Probleme lösen, da er als Geschäftsmann wisse, wie man Geld herbeischafft!

Trumps Sieg bereitet eine Offensive gegen die amerikanische Arbeiter*innenklasse und gegen die Demokratie vor

Für die Bourgeoisie gibt es viele Sicherheitsmechanismen, die sie vor den Eskapaden des großenwahnsinnigen Kapitalisten schützen (Zentralbank, Armeeführung, hohe Beamte, Geheimdienste, die Republikanische Partei, große Medien, Kirchen...). Hingegen werden die Versprechen eines neuen Wohlstands für die Arbeiter*innen an der Realität zerschellen: Die Widersprüche des globalen Kapitalismus gehorchen keinem Präsidenten, selbst nicht dem des mächtigsten Staates; die weltweite Stellung der amerikanischen Bourgeoisie wird nie wieder die von einst sein.

Trumps Sieg wird die Offensive gegen die amerikanische Arbeiter*innenklasse verstärken, insbesondere gegen ihren migrantischen Teil. Siehe die Ankündigung der Ausweisung von Millionen illegaler Migrant*innen, der Deregulierung von Bestimmungen, die den ungebremsen Kapitalismus in Umweltfragen, Arbeitsrecht, Bildung, soziale Netzwerke und

Kryptowährungen einschränken. So soll Elon Musk beauftragt werden, den „unnützen“ Verwaltungsapparat des Bundesstaates radikal zu „säubern“, weit über das übliche „spoiled system“ hinaus, das sich sonst nach Wahlen auf die Führungsposten in den Bundesbehörden beschränkte. Während seiner Kampagne behauptete Trump, Harris sei eine „reine Marxistin“, eine „Kommunistin“. Sogar der ungebildete Trump weiß natürlich, dass das nicht stimmt. Was er mit diesen lächerlichen Anschuldigungen anstrebt, ist eine verstärkte Repression gegen soziale Bewegungen, propalästinense Proteste usw. – eine Atmosphäre wie zu Zeiten des McCarthyismus.

Natürlich werden die von Trump angekündigten protektionistischen Maßnahmen die Lebenssituation der Arbeiter*innenklasse keineswegs verbessern. Im Gegenteil, sie werden unvermeidlich die Lebenshaltungskosten erhöhen und die Wirtschaftskrise verschärfen.

Weit davon entfernt, die Widersprüche aufzulösen, wird Trumps zweite Amtszeit die interne Zersetzung des mächtigsten Imperialismus beschleunigen, mit der vorgesehenen Abschaffung des Bundesministeriums für Bildung, der Übergabe des Abtreibungsrechts an die Bundesstaaten, der Verfolgung von Transpersonen, der Zensurgewalt der religiösen Frömmel über den Unterricht, der Drohung mit der Streichung von Zuschüssen für Krankenversicherungen (Obamacare) und der wachsenden Gewicht des Militarismus, der Verschärfung der öffentlichen Verschuldung (bereits bei über 100 % des BIP) usw.

Sehr bald wird die Notwendigkeit proletarischer Selbstverteidigung zentral werden. Die Drohungen, gegen die Arbeiter*innen – mit oder ohne Papiere – vorzugehen, werden sicherlich nicht friedlich vonstattengehen. Trumps Drohungen, gegen den „inneren Feind“ gewaltsam vorzugehen, werden von Lobreden auf faschistische Banden begleitet, die einen fanatischen Antikommunismus und teils ungehemmten Rassismus predigen. Mit Beratern wie Musk oder Bezos, die in ihren eigenen Unternehmen gezeigt haben, dass sie jegliche gewerkschaftliche Organisation verhindern wollen, muss man mit einem vermehrten Einsatz privater Polizeikräfte und anderer Streikbrecher rechnen.

Früher oder später wird die Reaktion der amerikanischen Arbeiterklasse unvermeidlich sein. Wir müssen nicht nur hier und jetzt die Perspektive eines zentralen Kampfes gegen Trump und seine Regierung eröffnen, sondern auch in den Gewerkschaften und Organisationen der Unterdrückten, an den Universitäten und in den Arbeiter*innenvierteln für die Gründung einer Arbeiter*innenpartei kämpfen, die sich an der Socialist Party of America von 1901 (Mitglied der Arbeiterinternationale), der United Communist Party von 1920 (Sektion der Kommunistischen Internationale) und der

Socialist Workers Party von 1938 (Sektion der Vierten Internationale) orientiert.

Das Programm einer echten Arbeiter*innenpartei sollte alle wirtschaftlichen, politischen und demokratischen Forderungen aufgreifen, die aus der Bewegung der Massen hervorgehen und die nur von einer Arbeiter*innenregierung im Rahmen der Sozialistischen Föderation des gesamten Kontinents garantiert werden können:

- ◆ Bedingungslose gewerkschaftliche Rechte und Koalitionsfreiheit in allen Betrieben und Verwaltungen,
- ◆ Lohnerhöhung und gleitende Lohnskala,
- ◆ Arbeiterkontrolle über Einstellungen und Entlassungen, über Produktion und Investitionen, Schutz der Arbeiter*innen und der gesamten Bevölkerung vor Umweltverschmutzung
- ◆ Abschaffung des Wahlmännersystems und des Obersten Gerichtshofs,
- ◆ Trennung von Kirche und Staat,
- ◆ Recht auf Abtreibung im ganzen Land, ein kostenloses Bildungssystem, kostenlose Gesundheitsversorgung, günstige und qualitativ hochwertige Sozialwohnungen
- ◆ Enteignung des Großkapitals
- ◆ Entwaffnung der Repressionsorgane, Volksbewaffnung ...

Eine Beschleunigung der Faktoren wirtschaftlicher Krisen und interimperialistischer Konflikte

Die Macht der Vereinigten Staaten und der daraus resultierende Expansionismus zwingen sie dazu, die Sprengsätze der gesamten Welt in das Fundament ihres Gebäudes einzubauen: alle Gegensätze zwischen West und Ost, die Klassenkämpfe im alten Europa, die Aufstände der kolonisierten Massen, alle Kriege und alle Revolutionen. (Trotzki, *Die Kommunistische Internationale nach Lenin*, 1928)

Je dominanter der amerikanische Imperialismus geworden ist, desto mehr hat er sich aus Eigeninteresse die Weltordnung zu eigen gemacht, und desto schwerer wiegt die Last dieser Bürde. Die USA haben die Nachkriegszeit maßgeblich dominiert und organisiert, eine Ära, in der der Welthandel zunahm, gefolgt von der Wiederherstellung des Kapitalismus in Russland und China, was die bürgerlichen Ökonomen als „Globalisierung“ bezeichneten. Doch widersprüchlicherweise ist dies auch die Periode, in der die Hegemonie der USA

langsam abbröckelte: vom Rückzug aus Vietnam über den Irak-Krieg, der zwar mühelos gegen Saddam Hussein gewonnen wurde, aber nicht zu einem Nahen Osten führte, wie ihn sich der amerikanische Imperialismus gewünscht hätte, sondern im Chaos endete, bis hin zum demütigenden Abzug aus Afghanistan und dem Aufstieg des jungen chinesischen Imperialismus.

Schon 1971 beschloss Nixon, die Konvertibilität des Dollars in Gold zu beenden, indem er erklärte, die USA würden aufhören, „mit einer auf dem Rücken gefesselten Hand zu kämpfen“. Dies war der erste große Bruch, eine Abkehr von den Regeln des globalen Währungssystems, die 1944 unter ihrer Schirmherrschaft in Bretton Woods aufgestellt worden waren.

Die Wiederwahl von Trump ist kein Zufall. Sie spiegelt eine zunehmend ausgeprägte Tendenz der herrschenden Bourgeoisie wider, sich von all den Verpflichtungen zu befreien, die sie in ihrer Geschichte eingehen mussten, um ihre Anstrengungen gegen ihren heutigen Hauptfeind bündeln: den chinesischen Imperialismus. Schluss mit den Regeln und Schiedssprüchen der WTO zur Erleichterung des freien Handels! Hoch die Zollschranken! Schluss mit den Militärausgaben zum Schutz der Verbündeten, sie sollen zahlen! Klimaverpflichtungen? Ab in die Mülltonne damit! Das Profil von Trump, eines pragmatischen und brutalen Kapitalisten, verkörpert diese Tendenz perfekt. Trump hat angekündigt, Zölle zwischen 10 und 20 % auf alle Importe zu erheben, 60 % für Produkte aus China (und sogar 100 % für Elektroautos) und bis zu 300 % für Produkte aus Mexiko!

Schon vor den Wahlen in den USA zeichneten sich allmählich Elemente einer globalen Wirtschaftskrise ab, mit einer deutlichen Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft, verschärft durch eine Immobilien- und Finanzkrise, einer Verlangsamung in Japan und Indien sowie einer Rezession in Deutschland. Unvermeidlich werden Trump und seine Politik die globale Wirtschaftskrise, die sich anbahnt, beschleunigen und verschärfen und weltweit heftige Auswirkungen haben. Trump wird Israel freie Hand bei seinen Versuchen lassen, die Palästinenser*innen zu vernichten und seine Offensive gegen den Libanon und möglicherweise den Iran zu verstärken. Trump zieht in Betracht, einen Teil der Ukraine zu opfern, die Spaltungen unter den europäischen Imperialismen zu verstärken und die Spannungen mit dem chinesischen Imperialismus zu verschärfen...

Die Wahl Trumps bedeutet für das Weltproletariat eine zusätzliche Bedrohung, die den Verfall des Imperialismus markiert. Es ist möglich, diesem gesamten verkommenen System ein Ende zu setzen und den Weg zum Weltsozialismus zu eröffnen, wenn sich die Avantgarde der Arbeiter*innen über alle Grenzen hinweg in einer revolutionären

Arbeiter*inneninternationale zusammenschließt. Das ist der Kampf der internationalistischen Kommunist*innen!

Vorwärts für den Aufbau der revolutionären Arbeiter*inneneinternationale! Vorwärts zur Arbeiter*innenmacht!

11. November 2024

CoReP (Kollektiv Permanente Revolution)

Syrien: Für eine Arbeiter*innen- und Bäuerinnenregierung kämpfen!

Es lebe der Sturz des Tyrannen! Nein zur islamistischen Reaktion!

Mit der Flucht des Diktators Baschar al-Assad und der Einnahme der Hauptstadt Damaskus durch Hayat Tahrir al-Sham (HTS, hervorgegangen aus Al-Qaida) hat eine neue Phase der politischen Krise in Syrien und im Nahen Osten begonnen.

Israel hat seinerseits Milizen bombardiert, die mit dem Iran verbunden sind, und seine Armee auf dem Golan-Plateau in Stellung gebracht, einem Gebiet des syrischen Staates, das Israel annektiert hat.

Der schnelle Zusammenbruch des Assad-Regimes und seiner Armee innerhalb weniger Tage – ausgelöst durch den Verlust der militärischen Unterstützung aus Russland und durch die Hisbollah-Milizen – sowie die Öffnung seiner berüchtigten Gefängnisse wurden von den syrischen Massen gefeiert.

Doch diejenigen, die die bewaffnete Offensive anführen, sind keine Revolutionäre, sondern klerikale Bourgeois. HTS versucht, die großen internationalen Medien und die Großmächte zu beschwichtigen. Während Assad Junior Zuflucht in Moskau gefunden hat, haben die Islamisten die "Sicherheit" der beiden russischen Militärbasen "garantiert".

HTS hatte jedoch bei der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 deren Herrschaft gepriesen und sie als Vorbild bezeichnet. Am 8. Dezember hielt der oberste Anführer, Ahmed Al-Charaa, in der Umayyaden-Moschee in Damaskus eine Rede, in der er erklärte, dass "der Sieg durch göttliche Gnade möglich gemacht wurde".

Das alte Regime: Henker seines eigenen Volkes und des palästinensischen Volkes

Das Fehlen revolutionärer Arbeiter*innenparteien im Nahen Osten hat dazu geführt, dass alle Versuche der Massen, das Joch der lokalen Ausbeuter und ihrer imperialistischen Beschützer zu stürzen, in Sackgassen endeten. Die Hauptverantwortung dafür trägt der Stalinismus. Seit den 1930er Jahren unterwarf der stalinistische Kreml die Interessen der Arbeiter*innenklasse in den halbkolonialen Ländern der nationalen Bourgeoisie im Namen der „nationalen Revolution“ oder der „antiimperialistischen Einheitsfront“. Dadurch wurde die Arbeiter*innenklasse zu einem Hilfsmittel der lokalen Bourgeoisie degradiert. Die Kommunistische Partei Syriens blieb dem bürgerlichen Baath-Regime untergeordnet und nahm seit 1986 an der Regierung teil. Die sozialistische Rhetorik des Regimes verbarg stets eine Politik, die auf einer Allianz zwischen der Staatsbürokratie, dem Militär und loyalen Unternehmern basierte.

In den 1920er Jahren trennte der französische Imperialismus Syrien vom Libanon. Angesichts des arabischen nationalen Aufstands bombardierte de Gaulle 1945 Damaskus. Unter dem Druck des britischen und amerikanischen Imperialismus zogen die französischen Truppen 1946 aus Syrien ab. Es folgte eine Phase politischer Instabilität, in der sich nationalistische zivile Cliques gewaltsam um die Macht stritten, wobei sie sich auf Fraktionen des Militärs stützten. Dieses wurde 1948/49 von der israelischen Armee vernichtend geschlagen. 1958 scheiterte ein Versuch der Vereinigung mit Ägypten. Die Baath-Partei übernahm 1963 die Macht und stützte sich auf die UdSSR, um dem Druck Israels und der USA standzuhalten.

Nach einer weiteren Niederlage gegen Israel 1967 und dem Verlust der strategischen Golanhöhen gelangte Hafiz al-Assad 1970 durch einen internen Putsch („Korrekturbewegung“) an die Macht. Er etablierte ein Polizeiregime, das auf der Dominanz der ethnoreligiösen Minderheit der Alawiten basierte. Das baathistische Regime beanspruchte ein Großsyrien, das Palästina und den Libanon einschließen sollte. 1976 marschierten syrische Truppen in den Libanon ein und griffen die PLO an. Die Niederschlagung des islamistischen Aufstands der Muslimbrüder in Hama 1982, bei dem bis zu 30.000 Menschen ums Leben kamen, bestätigte den repressiven Charakter des Regimes. Im Libanon griff die syrische Armee zwischen 1985 und 1987 die Flüchtlingslager Sabra und Schatila sowie Bordj el Barajneh an, unterstützt von den Islamisten der Amal-Bewegung.

Die Restauration des Kapitalismus in Russland destabilisierte das Regime. 1991, während der ersten westlich-imperialistischen Intervention (unter Beteiligung der Türkei) gegen den Irak, verbündete sich Assad mit dem Iran, um Saddam Husseins baathistisches Feindregime zu bekämpfen. 2003 schloss sich Syrien offen der von den USA geführten Koalition gegen den Irak an, als diese zum zweiten Mal intervenierte.

Nach dem Tod von Hafiz al-Assad im Jahr 2000 übernahm sein Sohn Baschar al-Assad die Macht. 2004 schlug er kurdische Proteste brutal nieder.

Syrien: Spielball rivalisierender bürgerlicher Cliquen, regionaler Mächte und imperialistischer Konkurrenten

Durch seine geografische Lage ist Syrien ein Streitpunkt zwischen zwei Imperialismen (USA und Russland) sowie drei regionalen Mächten (Israel, Türkei und Iran).

Der Bürgerkrieg begann 2011 mit einer Volksrevolte gegen das autoritäre Regime der Baath-Partei. Die Proteste wurden von Baath und seinen repressiven und folternden Organen blutig niedergeschlagen. Rasch wurde die Bewegung von reaktionären islamistischen Milizen unterwandert, die vom „Islamischen Staat“ (Daesch) bis zur von der Türkei kontrollierten Freien Syrischen Armee (FSA) reichten. Die kurdisch-nationalistische Partei PKK-PYD nutzte die Lage, um 2012 einen Quasi-Staat an der türkischen Grenze zu errichten (Rojava). Die islamo-faschistischen Kämpfer des Daesch riefen 2014 ein weitläufiges Kalifat (Islamischer Staat in der Levante) aus, das sich über Syrien und den Irak erstreckte. Ab 2014 wurde der bewaffnete Arm der PKK-PYD (YPG) von der US-Armee für die Offensive gegen das Kalifat ausgerüstet und unterstützt, das 2017

zusammenbrach. Die YPG benannten sich in Syrische Demokratische Kräfte (SDF) um.

Der Konflikt zerriss das Land: Während das Regime von Baschar al-Assad mit Unterstützung Russlands und Irans die westlichen, bevölkerungsreichsten Gebiete hielt, nahmen seine Gegner den Rest des Landes ein.

Die faktische Teilung Syriens ging mit einer humanitären Katastrophe einher. Millionen Menschen flohen aus dem Land, und bis 2024 sollen über 230.000 Zivilisten gestorben sein. Hinzu kamen die wirtschaftliche Zerrüttung durch die Steuereintreibung und Plünderungen durch die Milizen sowie die anhaltenden Kämpfe. Syrien wurde zu einem Flickenteppich aus Narco-Staaten, die durch den Export der synthetischen Droge Captagon finanziert wurden.

Seit 2011 fördert die Türkei islamistische Kräfte und greift regelmäßig kurdische Gebiete an. Ihr Ziel ist es, 3 Millionen syrische Geflüchtete zurückzuschicken und den Quasi-Staat Rojava zu zerschlagen. Der russische Imperialismus ist durch den Krieg in der Ukraine zu stark beansprucht, um das Regime erneut zu retten. Israel hat erheblich zur Niederlage des Assad-Regimes beigetragen, indem es den Iran bedrohte, den Libanon angriff und die Hisbollah schwächte. Die neue Lage wird Israel nutzen, um den Iran, die Hisbollah und die Hamas weiter zu schwächen.

Dies könnte den Weg für einen Massenaufstand im Iran ebnen, inspiriert durch den Sturz des syrischen Tyrannen, und letztlich zum Fall des islamistischen Regimes führen.

- ◆ **Das Schicksal der syrischen Arbeiter und Völker darf nicht länger von imperialistischen Interessen fremder Mächte bestimmt werden!**
- ◆ **Abzug aller Truppen, Kriegsschiffe, Militärbasen, Berater usw. aus Syrien, die Israel, den USA, Russland, der Türkei, dem Iran usw. angehören!**
- ◆ **Für eine verfassungsgebende Versammlung! Für die Selbstorganisation und Selbstverteidigung der Arbeiter aus Stadt und Land!
Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!**

Entscheidend ist jetzt die Selbstorganisation der Arbeiter*innenklasse, der Studierenden, der Beschäftigten im informellen Sektor und der armen Bäuerinnen. Diese müssen die nationalen und religiösen Spaltungen überwinden, ihre Interessen verteidigen und ausländische Einmischung verhindern.

Nur eine revolutionäre Arbeiter*innenpartei, die im Kampf aufgebaut wird und die Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse von allen reaktionären bürgerlichen und

kleinbürgerlichen Parteien und Milizen sowie von allen Imperialismen und fremden Mächten sicherstellen kann, wird eine echte Befreiung ermöglichen.

Eine solche Partei kann nur mit einem Programm für eine Arbeiter*innen- und Bäuerinnenregierung entstehen. Dieses Programm muss unmittelbar die Verteidigung demokratischer und politischer Freiheiten vorantreiben (verfassungsgebende Versammlung, Organisationsfreiheit, Streikrecht, Pressefreiheit), den Aufbau von Gewerkschaften und Arbeiter*innen-Milizen gegen repressive und reaktionäre Kräfte, die Gleichstellung der Frauen, das Selbstbestimmungsrecht nationaler Minderheiten (Kurd*innen, Armenier*innen usw.), die Trennung von Religion und Staat (Säkularismus), die Achtung von Atheist*innen und religiösen Minderheiten (Schiit*innen, Christ*innen usw.), die Enteignung kapitalistischer Konzerne und großer Grundbesitzer sowie die Zerschlagung des repressiven Apparats des Regimes und der mafiösen Netzwerke fordern.

Dieses Programm wird notwendigerweise den internationalistischen Schulterschluss mit allen Arbeiter*innenklassen und unterdrückten Völkern der Region beinhalten, um den imperialistischen Mächten, die sie spalten, ausplündern und ausbluten lassen, ein Ende zu setzen.

Die internationale Arbeiter*innenklasse muss den sofortigen Abzug aller Militärflugzeuge, Kriegsschiffe, Truppen und Berater erzwingen.

Syrien zeigt, dass es keine isolierte Lösung auf nationaler Ebene für die Probleme der arbeitenden Massen der Region geben kann. Nur eine sozialistische Levante, nur eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kann den Völkern Syriens und der Region eine demokratische und fortschrittliche Perspektive bieten. Dies setzt sowohl die Zerschlagung des kolonialen Staates Israel als auch den Sturz der reaktionären islamischen Bourgeois-Staaten der Region voraus!

Kollektiv Permanente Revolution

(Argentinien, Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

(2024 12 08)

Israel, Hände weg vom Libanon, Syrien und Iran! Stoppt den Genozid in Gaza!

Der dritte israelische Krieg gegen den Libanon

Die Terroraktion vom 17. September 2024 mit der Explosion Tausender Pager im Libanon war der Auftakt zu einer groß angelegten Offensive der israelischen Armee. Die Geräte, die angeblich von der Hisbollah gekauft worden waren, um Drohnenangriffe durch die Verfolgung von Mobiltelefonen zu erschweren, waren von den israelischen Geheimdiensten in eine Falle gelockt worden. Ab dem 19. September weitete die israelische Luftwaffe ihre Angriffe massiv aus. Die Ziele waren sowohl Stellungen der Hisbollah im Süden des Libanon als auch dicht besiedelte Wohngebiete in Beirut, wie die Vorstadt Dahieh Janoubyé. Das angebliche Ziel, Hisbollah-Kommandeure auszuschalten, diente als Vorwand, um zivile Viertel zu bombardieren. Am 30. September

begann eine Bodenoffensive, die 3.670 Todesopfer forderte und über 1,2 Millionen Menschen zur Flucht zwang.

Der Libanon - ein vom europäischen Imperialismus geschaffener künstlicher und klerikaler Staat

Diese Angriffe sind Teil einer umfassenderen Strategie, die darauf abzielt, die militärische Vorherrschaft Israels in der Region auszuweiten, während die Verbrechen in Gaza und im Westjordanland ungehindert weitergehen.

Die gegenwärtigen Konflikte im Nahen Osten sind tief in der kolonialen Vergangenheit der Region verwurzelt. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches unterwarfen die Sykes-Picot-Abkommen Syrien und den Libanon dem

französischen Imperialismus. Die angeblich demokratische und laizistische französische Dritte Republik teilte Syrien und den Libanon auf und begünstigte im Libanon die christlich-maronitische Bourgeoisie. Dies führte zu einem konfessionellen System, das die Konflikte entlang religiöser Linien vertiefte. Ein proportionaler Anteil von Christen und Muslimen wurde in der Verfassung institutionalisiert und bei der Unabhängigkeit 1943 neu festgelegt. Im Parlament sollte das Verhältnis der Abgeordneten fünf (Christen) zu sechs (Muslime) betragen. Aufgrund demografischer Veränderungen sank jedoch der Anteil der maronitischen Christen an der Gesamtbevölkerung bis in die 1970er Jahre auf 40%.

Israel - kolonialistisch und kriegstreiberisch

Mit der Gründung Israels 1948 verschärfte sich die Situation weiter. Der zionistische Staat, der auf Kosten der Palästinenser*innen geschaffen wurde, entwickelte sich nicht nur zu einem Werkzeug im Dienste der westlichen imperialistischen Mächte, sondern auch zu einem eigenständigen regionalen Akteur mit hegemonialen Ambitionen. Die Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinenser*innen belastete die Nachbarländer erheblich. Im Libanon destabilisierten die Flüchtlingslager die ohnehin fragile konfessionelle Ordnung weiter, da die maronitische Elite die Palästinenser*innen als Bedrohung ansah und die Staatsbürgerschaft nur christlichen Geflüchteten gewährte.

Seit seiner Gründung verfolgt Israel eine aggressive Außenpolitik, die auf militärischer Stärke und territorialer Expansion basiert. Bereits in den 1940er Jahren diskutierten zionistische Führer*innen über Pläne zur Besetzung des Libanon. In den 1950er und 1960er Jahren führte die Ausbreitung eines „panarabischen Sozialismus“ im Stil des Baathismus oder Nasserismus (z. B. in Algerien, Ägypten, Irak, Libyen, der Organisation für die Befreiung Palästinas [PLO] und Syrien) und dessen Bündnis mit der UdSSR zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen dem US-Imperialismus und dem zionistischen Kolonialstaat.

Als das haschemitische Königreich Jordanien, ein Verbündeter des britischen Imperialismus, 1970 die PLO aus dem Land vertrieb („Schwarzer September“) und deren Führung ihren Sitz nach Beirut verlegte, erreichte die politische Krise im Libanon ihren Höhepunkt. Reaktionäre und faschistische Milizen (wie die libanesischen Phalangen von Pierre Gemayel) griffen, unterstützt von Israel und den USA, 1975 die Palästinenser*innen an, mit der Unterstützung Syriens unter Hafez al-Assad im Jahr 1976. Die Situation eskalierte zwischen 1975 und 1990 in einen libanesischen Bürgerkrieg (1975–1990). Dieser war geprägt von Kämpfen zwischen verschiedenen libanesischen

Gruppen, deren Allianzen sich ständig änderten, sowie von Interventionen regionaler bürgerlicher Staaten wie Syrien und Iran.

Israel nutzte die Situation zu seinem Vorteil aus. Die israelische Armee besetzte 1978 den Süden des Libanon und griff 1982 in den Konflikt ein. Israelische Truppen marschierten in den Libanon ein und vertrieben die PLO, während Syrien seinen Einfluss festigte. Unter dem Schutz und mit der Unterstützung der zionistischen Besatzungsmacht verübten die phalangistischen Milizen zwischen dem 16. und 18. September 1982 in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ein Massaker an Zivilisten, bei dem Tausende Palästinenser*innen ermordet wurden.

Der neue israelische Krieg im Libanon ist Teil einer umfassenderen regionalen Strategie. Die Regierung aus Likud und rassistischen Parteien hat den Angriff vom 7. Oktober 2023 als Gelegenheit genutzt, um die ethnische Säuberung der Palästinenser*innen voranzutreiben, der Hisbollah und der PFLP im Libanon Schläge zu versetzen und den Iran zu schwächen. Israels Negierung „geheiliger“ UN-Resolutionen und die Angriffe auf UNIFIL-Stützpunkte im Libanon stellen eine bedeutende Eskalation dar. Die israelische Regierung demonstriert, dass sie ihren Anspruch als Regionalmacht über alle Rechtsnormen stellt, die die imperialistischen Mächte und die stalinistische Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgestellt haben, um den konterrevolutionären Status quo der Nachkriegszeit aufrechtzuerhalten. Dennoch rechtfertigen die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich ... Israels Aktionen als defensiv und leisten ihm direkte militärische Unterstützung.

Die Hisbollah, eine bürgerliche und klerikale Partei-Armee

Als Reaktion auf die zionistischen Verbrechen und unter dem Einfluss der siegreichen islamistischen Konterrevolution im Iran wurde 1982 die Hisbollah („Partei Gottes“) gegründet. Obwohl es zuvor Amal („Hoffnung“) gab, eine Organisation mit vorwiegend schiitischer Basis, die zwischen 1985 und 1988 Palästinenser*innen angegriffen hatte, konnte die Hisbollah dank der Unterstützung der iranischen Mullahs die Vorherrschaft im schiitischen Lager beanspruchen. Diese Unterstützung ermöglichte es ihr, Milizen zu unterhalten und ein soziales Hilfsnetzwerk für die verarmte schiitische Bevölkerung aufzubauen.

Die Hisbollah, die sich der israelischen Armee mit der Waffe in der Hand entgegengestellt hatte, wurde nach dem Rückzug Israels im Jahr 2000 weit über die schiitische Bevölkerung hinaus populär. Die militärische Intervention der Hisbollah in Syrien ab 2012 zur Unterstützung des

diktatorischen und folternden Regimes von Assad Sohn spaltete hingegen weitaus mehr. Darüber hinaus ist die Hisbollah, die sich in den bürgerlichen Staat integriert hat, in den Skandal um die Waldbrände 2019 und die Explosion des Hafens von Beirut 2020 verwickelt. Die multireligiösen Volksdemonstrationen 2019-2020 stießen nicht nur auf die Unterdrückung durch die bürgerliche Armee, sondern auch auf die Verurteilung und sogar Aggressionen von Amal und Hisbollah.

Die Hisbollah hatte trotz des Völkermords, der seit dem 8. Oktober 2023 in Gaza entfesselt wurde, keine groß angelegte Operation gegen die israelische Armee gestartet. Sie begnügte sich mit einigen Raketenangriffen.

Für die Auflösung des Kolonialstaats und die sozialistische Vereinigung der Levante.

Am 26. November unterzeichnete Israel unter dem Druck der USA und Frankreichs ein Waffenstillstandsabkommen mit der militärisch geschwächten und wahrscheinlich politisch gespaltenen Hisbollah. Obwohl der libanesischen Bevölkerung eine willkommene Atempause gewährt wurde, kann dies nichts an der Hilflosigkeit der UNIFIL und der libanesischen bürgerlichen Armee oder an der kriegslüsternden Natur des zionistischen Staates ändern.

Weder die maronitische noch die schiitische Bourgeoisie, die sich Territorium und Macht in einem künstlich geschaffenen Staat teilen, bieten der libanesischen Arbeiter*innenklasse oder dem palästinensischen Volk eine Lösung.

Nur eine Föderation sozialistischer Staaten im Nahen Osten kann den Teufelskreis aus Kriegen, Vertreibungen und Unterdrückung durchbrechen, den Imperialismus und Zionismus geschaffen haben.

Die Arbeiter*innenklasse im Libanon, in Syrien, im Westjordanland, in Ägypten, in Saudi-Arabien, in der Türkei,

im Irak, im Iran, in Israel usw. muss sich unabhängig von religiösen und ethnischen Spaltungen vereinen. Sie muss das Recht der Palästinenser*innen verteidigen, den Kolonialstaat zu zerschlagen, das Recht auf Selbstbestimmung der unterdrückten Nationalitäten, insbesondere der Kurd*innen, einfordern und die Kämpfe der Arbeiter*innen, Angestellten, arbeitenden Bauern und Bäuerinnen, Studierenden und Frauen im Iran gegen das Mullah-Regime bis zu dessen Sturz und der Errichtung einer Arbeiter*innen- und Bauernregierung unterstützen.

Der Kampf gegen die zionistische Besatzung, imperialistische Einmischung und reaktionäre Kleriker erfordert, dass die Avantgarde des Proletariats mit Panarabismus, Islamismus und Zionismus bricht und revolutionär-internationalistische Arbeiter*innenparteien im Rahmen einer revolutionären Arbeiter*inneninternationale bildet.

- Sofortiger Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon, Ende der Bombardierungen des Libanon!
- Aufhebung der Blockade durch Ägypten und Israel, Ende der Bombardierungen und der Besatzung Gazas und des Westjordanlands durch Israel!
- Stopp der terroristischen Operationen Israels in Syrien, Irak und Iran!
- Öffnung aller Grenzen für Geflüchtete aus Gaza und dem Libanon!
- Rückkehrrecht für alle Vertriebenen und ihre Familien!
- Für ein demokratisches, multiethnisches, zweisprachiges und säkulares Palästina! Für eine Arbeiter*innen- und Bauernregierung in Palästina!
- Abzug aller imperialistischen Flotten aus dem Nahen Osten! Schließung aller ausländischen Militärstützpunkte in der Region!
- Arbeiter*innen-Einheitsfront in den imperialistischen Ländern gegen jede Waffenlieferung an Israel und jede militärische Zusammenarbeit mit Israel!
- Arbeiter*innenkontrolle über Produktion und Ressourcen im gesamten Nahen Osten!
- Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

27. November 2024

Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)

(Argentinien, Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

Befreiung der 10.000 palästinensischen Geiseln!

Am 15. Januar wurde unter der Schirmherrschaft von Katar, Ägypten und den Vereinigten Staaten ein Waffenstillstand zwischen der israelischen Regierung und der Hamas vereinbart. Dieser sieht drei Phasen vor:

1. Ab dem 19. Januar lässt die Hamas 33 Gefangene frei, während Israel mehrere Hundert freilässt. Die israelische Armee behält die Kontrolle über eine Zone von 700 bis 1.000 Metern innerhalb der Enklave entlang ihrer Grenzen. Zudem genehmigt sie 600 humanitäre Lastwagenlieferungen pro Tag (im Vergleich zu 70 im Dezember).
2. Im Erfolgsfall wird die israelische Armee 42 Tage später das Gebiet vollständig räumen. Die Hamas gibt in diesem Zuge die letzten Geiseln frei.
3. Die dritte Phase würde den Wiederaufbau Gazas ermöglichen.

Das Abkommen erwähnt nicht einmal die Schaffung eines palästinensischen Rumpfstaates, wie es 1948 von der UNO oder 1994 in den Osloer Abkommen vorgesehen war. Tatsächlich hat Netanjahu in den letzten 15 Monaten trotz des ununterbrochenen bewaffneten Widerstands in Gaza wichtige Erfolge erzielt.

Er hat die Kolonialisierung des Westjordanlands beschleunigt, die internationale Presse in Gaza verboten und den Gazastreifen systematisch zerstört – einschließlich der Krankenhäuser. Humanitäre Einsätze, insbesondere der UN-Agentur UNWRA, die palästinensische Geflüchtete ernährt, medizinisch versorgt und unterrichtet, wurden behindert. Seit dem 7. Oktober 2023 hat die zionistische Armee 266 Mitarbeiter*innen der UNWRA getötet.

Israel hat die Bevölkerung Gazas ausgehungert und terrorisiert: 1,9 Millionen Vertriebene (90 % der Bevölkerung), mindestens 10.000 Gefangene, die massenhaft gefoltert werden, mindestens 45.936 Tote und 109.274 Verletzte. Zudem inhaftiert und foltert Israel systematisch etwa 10.000 Palästinenser*innen.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel wiederholt iranische Diplomaten und militärische Führungspersonen in Syrien angegriffen. Im Januar zerstörte Israel die Reste der syrischen Armee durch 300 Bombardierungen und drang über den bereits besetzten Golan hinaus in syrisches Gebiet ein.

Darüber hinaus hat Israel die Hisbollah dezimiert, den Libanon bombardiert und einen Teil seines Territoriums weiterhin besetzt. Trotz des im November unter Vermittlung Frankreichs und der Vereinigten Staaten geschlossenen Waffenstillstands im Libanon bombardierte Israel am 3. Januar erneut den Süden des Landes.

Während israelische faschistische Minister und Likud-Abgeordnete von Verrat sprechen, behauptet die Hamas, einen Sieg errungen zu haben. Netanjahu erklärte, zwei Ziele zu verfolgen: die Befreiung der israelischen Gefangenen und die Auslöschung der Hamas. In Wirklichkeit scherte er sich wenig um die Geiseln. Was die Vernichtung der Hamas betrifft, so haben die israelischen Gräueltaten vermutlich Teile der palästinensischen Bevölkerung enger an den bewaffneten Widerstand gebunden – trotz dessen bürgerlicher, klerikaler und reaktionärer Führung.

Der Waffenstillstand, falls Israel ihn respektiert, wird der Bevölkerung Gazas eine Erleichterung verschaffen. Doch nichts ist gelöst. Die israelische Bourgeoisie – unabhängig davon, welche Regierung sie vertritt – kann ihre koloniale, expansionistische, rassistische und militaristische Natur nicht ändern. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands hat die israelische Armee ihre Offensive im Westjordanland unter dem Namen „Operation Eiserne Mauer“ verstärkt. Israel wird in der Region weiterhin die Speerspitze der imperialistischen Mächte (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien...) bleiben, die es finanzieren, mit nachrichtendienstlichen Informationen versorgen und bewaffnen – unabhängig davon, welche Regierungen diese Staaten führen.

Die 4 Millionen Palästinenser*innen bleiben entweder ins Exil in andere Länder gedrängt, Opfer der Apartheid in Israel oder in Bantustans (Gaza, Westjordanland) eingesperrt, ausgeliefert der zionistischen Armee. Die Fatah ist durch ihre Kapitulation in Oslo, ihre Korruption und ihre Kollaboration mit den Vereinigten Staaten und Israel diskreditiert. Die Organisationen der PLO, die sich einst zu Recht von der Fatah distanzierten (PFLP, DFLP), sind heute von den Islamisten vereinnahmt. Doch Hamas und Dschihad können ihre bürgerliche und klerikale Natur nicht ändern die verhindert, dass sie sich an die Arbeiter*innenklasse wenden könnten.

Die Hamas-Regierung in Gaza ist nun geografisch vom Iran isoliert und wird mehr denn je von der Finanzierung durch die Türkei oder die Monarchien des Nahen Ostens abhängen, die – wie Ägypten, Jordanien und Syrien im 20. Jahrhundert – die Palästinenser*innen verraten werden. Die türkische Bourgeoisie hat während des Genozids Öl und Gas nach Israel geliefert, ist Feindin der Kurd*innen und bleibt Mitglied der NATO. Die Golfstaaten sind erbitterte Ausbeuter*innen der Arbeitsmigrant*innen (einschließlich der Palästinenser*innen), Verbündete der USA, Unterdrücker von Solidaritätsdemonstrationen für die Menschen in Gaza und werden die weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit Israel aus 2023 wieder aufnehmen.

Um die Unterdrückung der Palästinenser*innen zu beenden, muss mit dem zionistischen Staat Schluss gemacht werden. Es

ist notwendig, sich an die Arbeiter*innen der imperialistischen Länder zu wenden und die Arbeiter*innen der gesamten Region (Araber*innen, Türk*innen, Perser*innen, Kurd*innen, Jüd*innen...) zu mobilisieren. Nur revolutionäre Parteien und eine proletarische Internationale können diese historische Aufgabe bewältigen.

Sofortiger Abzug der israelischen Armee aus Gaza, dem Westjordanland, dem Libanon und Syrien! Befreiung der 10.000 palästinensischen Geiseln aus israelischen Gefängnissen! Rückkehrrecht für Geflüchtete! Ein einheitliches, demokratisches, säkulares und mehrsprachiges Palästina! Abzug der US-Marine aus dem Mittelmeer! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Der US-Imperialismus spitzt die weltweiten Widersprüche zu

Die gesamte amerikanische Arbeiter*innenklasse, insbesondere ausländische Arbeiter*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung, wird den hohen Preis für Xenophobie, Militarismus, Protektionismus, die Steuerbefreiung der Plutokraten, Abtreibungsbeschränkungen usw. zahlen. Noch bevor Trump offiziell sein Amt antrat, sorgten seine jüngsten Äußerungen für Fassungslosigkeit. Sie machten deutlich, dass die Vereinigten Staaten eine neue Phase einer aggressiven, imperialistischen Politik auf allen Ebenen einleiten würden, deren Konsequenzen unabsehbar sind (einschließlich für die amerikanische Bourgeoisie). Jedenfalls handelt es sich um eine brutale Beschleunigung der Militärausgaben, der inter-imperialistischen Spannungen sowie um neue Risiken von Wirtschaftskrisen, Annexionen und Kriegen.

Bedrohung des Panamakanals

Trump erklärte, dass die Vereinigten Staaten die Kontrolle über den Panamakanal wiedererlangen müssten, der durch eine Entscheidung Carters im Jahr 1977 an Panama übertragen wurde und am 31. Dezember 1999 in Kraft trat. Dies hinderte den amerikanischen Imperialismus jedoch nicht daran, 1989 militärisch in Panama zu intervenieren, um General Noriega (einen ehemaligen CIA-Agenten) zu

stürzen, den Zugang zum Kanal zu sichern und seine Vorherrschaft über Mittelamerika zu behaupten.

Trump beklagte sich über die Abgaben, die auf amerikanische Frachter und Kriegsschiffe erhoben würden, die den Kanal passieren. In Wahrheit zahlen amerikanische Schiffe weder mehr noch weniger als andere. Zudem kritisierte er die Kontrolle Chinas über die Verwaltung des Kanals, da diese vom Staat Panama an ein chinesisches Unternehmen delegiert wurde: „Wir haben ihn nicht an China gegeben, und sie haben ihn missbraucht.“ Es ist die Rivalität mit dem chinesischen Imperialismus, die diese neue Drohung gegen Panama auslöst. Bereits 2016 brach Panama die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab, um 2017 die Volksrepublik China anzuerkennen und sich in das Projekt der Neuen Seidenstraße zu integrieren. Seitdem ist China der zweitgrößte Handelspartner Panamas.

Für die Vereinigten Staaten hat der Panamakanal stets eine strategisch herausragende Bedeutung gehabt, da er den schnellen Transfer der amerikanischen Kriegsmarine zwischen dem Atlantik und dem Pazifik ermöglicht. 80 % des weltweiten Handels werden über den Seeweg abgewickelt. Der Panamakanal, der etwa 5 % des globalen Verkehrs ausmacht, bleibt trotz des Klimawandels und der verschärften

Dürre von großer Bedeutung. Aufgrund der Wasserknappheit können nun jedoch nur noch 24 Schiffe pro Tag passieren, statt wie zuvor 36. Der Betrieb des Kanals erfordert täglich eine Menge Süßwasser, die dem 2,5-fachen Verbrauch einer Stadt wie New York entspricht. Um die Funktionsfähigkeit des Kanals langfristig zu sichern, wären gigantische Bauprojekte für Wasserumleitungen, Deiche und neue Staudämme notwendig, die nicht nur extrem kostspielig, sondern auch ökologisch katastrophal wären und die Wasserversorgung der Bevölkerung Panamas gefährden könnten.

Der chinesische Imperialismus hat Interesse signalisiert, solche Arbeiten zu finanzieren, obwohl China gleichzeitig in Venezuela am Bau eines weiteren gigantischen Kanals beteiligt ist, der den Panamakanal in Zukunft ersetzen oder ergänzen könnte. Daher beansprucht der amerikanische Imperialismus heute die Wiedererlangung der Kontrolle über den Panamakanal, notfalls mit Gewalt.

„Fröhliche Weihnachten an alle, einschließlich der wunderbaren chinesischen Soldaten, die den Panamakanal mit Liebe, aber illegal betreiben.“ (Donald Trump, 24. Dezember)

Bedrohung Grönlands

Trump hat die Idee wieder aufgegriffen, die bereits 2019 geäußert wurde, sich Grönland anzueignen, auf dem sich eine US-Militärbasis befindet – diesmal jedoch ohne den Einsatz von Gewalt auszuschließen.

„Man weiß nicht einmal, ob Dänemark rechtliche Ansprüche darauf hat, aber wenn ja, muss es sie aufgeben, weil wir es aus Gründen der nationalen Sicherheit brauchen.“

(Donald Trump, 7. Januar)

Durch den Klimawandel werden die arktischen Seewege zunehmend für Handelsschiffe passierbar. Das verstärkt die strategische Bedeutung der gesamten Region, vor allem für die imperialistischen Mächte der USA, Russlands und Chinas, wobei Umwelt- und Klimaschutzüberlegungen vollständig ignoriert werden.

Der weitgehend unerschlossene Boden Grönlands ist reich an Eisen, Blei, Zink, Nickel, Platin, Gold und vor allem an seltenen Erden, die für moderne zivile und militärische Technologien unverzichtbar sind. Es wird geschätzt, dass sich zwischen 12 und 25 % der weltweiten Vorkommen an seltenen Erden in Grönland befinden. Die Endproduktion dieser Metalle – also nach Verarbeitung und Raffinierung – steht derzeit zu 60 % unter Kontrolle Chinas. Die Kontrolle über die Ressourcen Grönlands wird daher zu einem zentralen Konfliktpunkt zwischen den imperialistischen Mächten. Kein Zufall, dass amerikanische Milliardäre wie Bezos und Gates Anteile an der Firma KoBold Metals

besitzen, die im März 2024 mit ersten Probebohrungen in Grönland begonnen hat, um Nickel, Kobalt und Kupfer zu fördern.

China hat seinerseits begonnen, sich in Grönland zu etablieren. Chinesische Investitionen machen bereits 12 % des BIP Grönlands aus. Die Volksrepublik bemüht sich aktiv um die grönländische Regierung – eines Landes mit nur 57.000 Einwohner*innen, das in den letzten Jahren größere Autonomie gegenüber der dänischen Oberhoheit erlangt hat –, um die lokale Wirtschaft zu fördern, indem sie den Bau von Hafenanlagen, Straßen usw. finanzieren möchte. Diese Bemühungen stoßen jedoch auf Widerstand der USA und Dänemarks. Deshalb beansprucht der amerikanische Imperialismus heute Grönland für sich – ohne den Einsatz von Gewalt auszuschließen.

Bedrohung Kanadas

Trump hat ebenfalls unverblümt erklärt, dass er möchte, dass Kanada auf seine Souveränität verzichtet, um der 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten zu werden.

„Kanada und die Vereinigten Staaten – das wäre wirklich etwas. Wir würden diese künstliche Grenze abschaffen und sehen, wie es wäre. Und es wäre viel besser für die nationale Sicherheit.“

(Donald Trump, 7. Januar)

Bereits am 25. November hatte Trump damit gedroht, alle Importe aus Kanada und Mexiko mit einem Zoll von 25 % zu belegen, „bis keine Drogen – insbesondere Fentanyl – und keine Migranten ohne Papiere mehr in unser Land eindringen“. Trump wirft Kanada seinen Handelsüberschuss mit den USA vor. Tatsächlich sind die beiden Volkswirtschaften jedoch eng miteinander verflochten. Ein großer Teil der kanadischen Exporte in die USA besteht aus Zwischenprodukten, die in den Vereinigten Staaten zu Endprodukten weiterverarbeitet werden. Strafzölle würden daher nicht nur die kanadische, sondern auch die amerikanische Wirtschaft unmittelbar treffen. Daher wäre die vollständige Annexion Kanadas, die Trump vorschlägt, für den amerikanischen Imperialismus von großem Vorteil.

Auch die Rivalität mit dem chinesischen Imperialismus spielt hier eine Rolle. Seit 2018 hat China den hohen Norden Kanadas wie auch Grönland in eine globale Strategie eingebunden, die auf die Erschließung von Rohstoffvorkommen und Handelswegen in der Arktis abzielt.

„China, als große verantwortungsvolle Nation, ist bereit, mit allen Beteiligten zusammenzuarbeiten, um die historische Chance der Entwicklung der Arktis zu nutzen und die Herausforderungen der Veränderungen in der Region

anzugehen.“

(Staatsrat der Volksrepublik China, Chinas Arktispolitik, 26. Januar 2018)

Mindestens sechs chinesische Unternehmen sind bereits an 25 Bergbauprojekten im kanadischen Norden beteiligt. Sie planen umfangreiche Infrastrukturarbeiten, insbesondere den Bau von Hafenanlagen, die eine direkte Ausfuhr von Mineralien über die arktischen Seewege nach China ermöglichen würden. Der kanadische Staat hat jedoch die teure Entwicklung der dafür notwendigen Infrastruktur vernachlässigt und ist nun in einer schwierigen Lage.

Ein Bericht der Denkfabrik Arctic 360, der dem Ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgelegt wurde, warnte die kanadische Regierung davor, China vollständig aus der Gleichung zu streichen:

„Die erforderlichen Investitionen gehen über die Mittel hinaus, die Regierungen in Kanada bereitstellen können. Es werden kanadisches und globales Kapital benötigt, um die strategischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten im Norden zu nutzen.“ (Marc Godbout, Radio Canada, 24. Mai 2019)

Der Druck des amerikanischen Imperialismus auf Kanada hat jedoch kaum Chancen auf Erfolg, wenn es um eine Annexion geht. Nachdem er versucht hatte, Trump zu beschwichtigen – durch die Zusage einer strengeren Grenzüberwachung zur Verhinderung der Migration und die Entlassung seiner Handelsministerin, die von Trump als „toxisch“ angesehen wurde –, lehnte sich der kanadische Premierminister Trudeau am 7. Januar schließlich auf:

„Nie, absolut niemals, wird Kanada Teil der Vereinigten Staaten werden.“

Trump erklärte jedoch, dass er bereit sei, „wirtschaftliche Gewalt“ gegen Kanada anzuwenden, um maximale wirtschaftliche Zugeständnisse zu erzielen – mit dem offensichtlichen Ziel, den chinesischen Rivalen daran zu hindern, seine Präsenz in Kanada weiter auszubauen.

Bedrohung der Ukraine

Während seiner Kampagne versprach Trump, den Krieg in der Ukraine innerhalb von 24 Stunden zu beenden. Erste inoffizielle Gespräche zwischen der zukünftigen Trump-Administration und Putin haben bereits begonnen, wobei sich Putin bereit erklärt hat, Trump „ohne Vorbedingungen“ zu treffen. Die Bedingungen für einen Waffenstillstand würden somit zwischen dem amerikanischen und dem russischen Imperialismus – dem Aggressor in der Ukraine – festgelegt, ohne die Hauptbetroffenen, die Ukrainer*innen, einzubeziehen.

Es ist höchstwahrscheinlich, dass der russische Staat dabei als Gewinner hervorgehen würde, indem er ganz oder teilweise die von ihm besetzten Gebiete behalten dürfte. Die Ukraine hat dabei nur wenig Einflussmöglichkeiten, da Trump angekündigt hat, die militärische Unterstützung der USA für die Ukraine einzustellen. Diese Unterstützung belief sich bisher auf insgesamt 65 Milliarden Dollar seit Beginn des Konflikts und war die wichtigste Stütze der Ukraine. Auch Macron scheint sich dieser Perspektive anzupassen, auch wenn er diplomatisch hinzufügt, dass es an den Ukrainer*innen liege, über ihren Friedensschluss zu entscheiden:

„Die Ukrainerinnen müssen realistische Gespräche über territoriale Fragen führen, und nur sie können diese Gespräche führen.“ (Emmanuel Macron, Rede vor der Versammlung der französischen Botschafterinnen, 6. Januar)

Für die Regierungen der USA und Russlands ist ein Abkommen auf Kosten der Ukrainerinnen von großem Vorteil. Der amerikanische Imperialismus könnte, befreit von der finanziellen und militärischen Last der Ukraine-Hilfe, seine Kräfte besser auf die Hauptkonkurrenz, den chinesischen Imperialismus, konzentrieren. Der russische Imperialismus, der durch die Kriegsanstrengungen und Wirtschaftssanktionen wirtschaftlich stark geschwächt ist und eine brutale Repression gegen Kriegsgegnerinnen führt, könnte seine Position teilweise stabilisieren und der eigenen Bevölkerung die territorialen Gewinne in der Ukraine als Erfolg verkaufen.

Destabilisierung der europäischen Bourgeoisien und Imperialismen

„Die Europäische Union muss ihr riesiges Defizit gegenüber den Vereinigten Staaten ausgleichen, indem sie unser Öl und Gas in großem Stil kauft. Andernfalls gibt es überall Zölle!!!“ (Donald Trump, 20. Dezember)

Während die Dienstleistungshandelsbilanz der EU mit den USA defizitär ist, weist die Handelsbilanz bei Waren einen Überschuss auf. 2023 erreichten die EU-Exporte von Waren in die USA 503,7 Milliarden Euro, während die Importe aus den USA 347 Milliarden Euro betragen – ein Handelsüberschuss von 156,7 Milliarden Euro zugunsten der EU. Allein im dritten Quartal 2024 betrug der Überschuss 33,2 Milliarden Euro.

Der amerikanische Imperialismus wird daher den Druck auf die einzelnen europäischen Bourgeoisien erhöhen, anstatt sich auf die Europäische Union als Ganzes zu konzentrieren, um maximale Zugeständnisse zu erreichen.

*Die niedrigen Profitraten und das schwache kapitalistische Wachstum weltweit, die Verschärfung der zwischenimperialistischen Rivalitäten und des Militarismus führen dazu, dass jede Bourgeoisie, sowohl in imperialistischen Ländern als auch in abhängigen Staaten, ihre Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse, auf soziale Errungenschaften und öffentliche Dienstleistungen sowie auf die Mehrheit der kleinbürgerlichen Schichten verschärft. Gleichzeitig verstärken die herrschenden Klassen überall nationalistische und protektionistische Tendenzen in den Fraktionen ihrer nationalen Bourgeoisien, die mehr oder weniger stark unter dem internationalen Wettbewerb leiden.*

(Manifest der Konferenz des Kollektivs Permanente Revolution, 20. Oktober 2024)

Die führenden europäischen Bourgeoisien, insbesondere die deutsche und die französische, befinden sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage, die von politischer Instabilität begleitet wird. Überall in Europa erstarken faschistische oder faschistoide Parteien und gewinnen an Einfluss (Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Niederlande usw.). Die offene Unterstützung dieser reaktionären Kräfte durch Trumps engen Verbündeten, den Kapitalisten Elon Musk, ist kein Zufall.

Es geht nicht nur darum, die ultrareaktionären, fremdenfeindlichen und rassistischen Positionen, die Trump und Musk in den USA durchsetzen wollen, auf Europa zu übertragen. Ziel ist es auch, den extremsten Nationalismus zu fördern, um die Europäische Union – ein fragiles Kompromissprojekt zwischen den europäischen Bourgeoisien und Imperialismen – weiter zu destabilisieren.

Ein anschauliches Beispiel ist der laufende Vertrag über 1,5 Milliarden Euro zwischen Elon Musks Unternehmen SpaceX und der italienischen Regierung unter Meloni für ein sicheres militärisches Kommunikationssystem. Dieses Projekt widerspricht offen den europäischen Verteidigungsambitionen und zeigt, wohin Trump und Musk zielen: die EU zu schwächen und die nationalen Widersprüche innerhalb Europas zu vertiefen.

Trump erzwingt einen Waffenstillstand auf den Ruinen des Gazastreifens

Trump hat sein gesamtes politisches Gewicht eingesetzt, um noch vor seiner Amtseinführung ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der Hamas und Israel durchzusetzen. Er drohte der Hamas mit „der Hölle“, falls diese nicht unterschreibe, und setzte Netanjahu unter Druck, die Bedingungen eines Abkommens zu akzeptieren, das seit April 2024 verhandelt wurde. Das erste Ziel dieser Operation

ist es, die wiedererlangte Macht des amerikanischen Imperialismus mit Trumps Rückkehr zu feiern und ihn als eine Figur zu präsentieren, die über Krieg und Frieden weltweit entscheiden kann.

Doch darüber hinaus legitimiert das fragile und vorläufige Abkommen vom 15. Januar die tiefgreifenden Veränderungen im Nahen Osten seit dem 7. Oktober 2023 zugunsten des zionistischen Staates. Innerhalb von 15 Monaten hat Israel:

- ◆ Die Hamas erheblich geschwächt, indem es über 45.000 Palästinenser*innen im Gazastreifen massakrierte;
- ◆ Die Repression, Kolonisierung und Morde im Westjordanland intensiviert;
- ◆ Die Hisbollah im Libanon durch massive Bombardements dezimiert und weiterhin den Süden des Landes besetzt;
- ◆ Dem Iran durch Attentate und Luftangriffe, unterstützt von der US-Armee, schwere Schläge versetzt;
- ◆ Die Reste der syrischen Armee mit 300 Bombardierungen zerstört und das syrische Territorium über die bereits besetzten Golanhöhen hinaus besetzt.

Diese Entwicklungen führten zum Sturz des syrischen Diktators Assad und seines Regimes nach einer Blitzoffensive islamistischer Kräfte, die von der Türkei unterstützt und bewaffnet wurden.

Obwohl der bewaffnete Widerstand in Gaza, angeheizt durch die zionistische Barbarei, nicht aufgehört hat, ist die Unterstützung durch die Achse Iran-Syrien-Libanon, die dem Hamas diene, zusammengebrochen. Zwar wurde die Vertreibung der Bevölkerung Gazas und die Kolonisierung des Gazastreifens, wie sie von der faschistischen Fraktion der Regierung Netanjahu offen gefordert wurde, durch dieses Abkommen vorerst abgewendet, aber Netanjahu schließt eine Wiederaufnahme des Krieges nach der Freilassung der Geiseln nicht aus.

Darüber hinaus wird die israelische Regierung mit der Trump-Administration freie Hand im Westjordanland haben, da selbst die Idee eines palästinensischen Marionettenstaates dort aufgegeben wurde. Trump hat zudem versprochen, „maximalen Druck“ auf den Iran auszuüben. In dieser Konstellation, in der der zionistische Staat erheblich gestärkt aus der Situation hervorgeht, ist es sehr wahrscheinlich, dass dessen Luftwaffe, unterstützt durch die USA, eine Offensive gegen iranische Nuklearanlagen startet.

Mehr denn je ist der Kampf für den Aufbau einer Arbeiter*innen-Internationale notwendig, um die Vorhut der Arbeiter*innenklasse zu vereinen und das verfaulte System des Imperialismus – die Reaktion auf ganzer Linie – zu überwinden.

18. Januar 2025

(Basierend auf dem Bericht, der am 12. Januar 2025 dem Internationalen Exekutivkomitee des Kollektivs Permanente Revolution vorgelegt wurde, aktualisiert in Anbetracht des Waffenstillstands in Gaza.)

Der Schachzug Bahçelis und die Strategie Erdoğan

Internationalistische kommunistische Anmerkungen zur Bedeutung des „Aufrufs zu Frieden und einer demokratischen Gesellschaft“ des PKK-Führers

(EKIB/Türkei)

Einleitung

Der Prozess, der mit der Umbesetzung in den Reihen der DEM-Partei und dem Gruß des MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli bei der Eröffnung des Parlaments begann, nahm eine neue Dimension an, als Bahçeli Öcalan aufforderte, „die Organisation aufzulösen“. Infolge dieser Entwicklungen wurde die İmralı-Delegation¹ erneut gebildet, die Isolationshaft, die Öcalan traf, wurde teilweise aufgehoben, und die Gespräche begannen. Seit Monaten wurde ein Aufruf von Öcalan erwartet. Die DEM-Partei behauptete, dass dieser Aufruf „der Aufruf des Jahrhunderts“ sein und den Weg für Frieden und Demokratie in der Türkei und im Nahen Osten ebnen würde.

Der erwartete Aufruf ist endlich eingetroffen. Nach dem dritten Besuch der İmralı-Delegation wurde Öcalans Aufruf „Für Frieden und eine demokratische Gesellschaft“ öffentlich verlesen. In den kurdischen Städten wurden riesige Bildschirme aufgestellt, und die Massen verfolgten diesen Aufruf. In diesem Text, der im Mittelpunkt der Diskussionen in der Türkei stand, erklärte Öcalan, dass die Mission der PKK erfüllt sei und sie sich auflösen müsse.

Öcalans Aufruf wurde vom AKP-MHP-Block positiv aufgenommen. Der Hauptberater des Präsidenten der Republik Erdoğan, Mehmet Uçurum, erklärte, dass dieser

Aufruf mit der Initiative des Staates übereinstimme. Er betonte, dass der Aufruf den Einheitsstaat schütze und hervorhebe, „dass das kurdische Problem in der Türkei nun gelöst sei“. Mit den positiven Reaktionen der EU und der USA wurde der Aufruf von der bürgerlichen Opposition, der DEM-Partei und den reformistischen sozialistischen Parteien generell begrüßt. Mit Ausnahme der İYİP und der marginalen rechtsextremen Parteien fand der Prozess breite Unterstützung.

Was die PKK betrifft, so erklärte sie, dass sie Öcalans Aufruf Folge leisten und einen Waffenstillstand erklären werde. Allerdings forderte sie auch ein sicheres Umfeld für die Organisation des Partei-Kongresses und erklärte, dass Öcalan diesen persönlich leiten müsse.

Es ist nicht überraschend, dass die Kräfte der bestehenden Ordnung zustimmen. Denn dieser Prozess schlägt eine „Lösung“ vor, ohne die Entstehungs- und Existenzbedingungen des kapitalistischen und kolonialistischen türkischen Staates zu beeinträchtigen. Was wirklich widersprüchlich ist, ist der Inhalt von Öcalans Aufruf und die Haltung derjenigen, die diesen Aufruf als „den Aufruf des Jahrhunderts“ und „den Weg zu Frieden und Demokratie“ bezeichnen.

Der Kampf, der mit dem Ziel eines vereinten und sozialistischen Kurdistans begann, hatte sich zunächst zu

¹ Die İmralı-Delegation besteht aus hochrangigen Funktionären der DEM-Partei, die auf die Gefängnisinsel zu Öcalan dürfen und mit anderen politischen Kräften Verhandlungen führen.

einem Diskurs über demokratische Autonomie zurück entwickelt, dann zu einem Diskurs über Föderation und Konföderalismus. Und jetzt lehnt Öcalan die Forderungen nach Unabhängigkeit, Autonomie und Föderation vollständig als „extremistisch-nationalistische Auswüchse“ ab. Die legitimen Rechte der kurdischen Nation werden verurteilt, der kapitalistische und kolonialistische türkische Staat wird als unvermeidliche Realität dargestellt, und als „Lösung“ wird die Integration in den Staat vorgeschlagen.

Dieser Aufruf ist ein Aufruf zur Kapitulation. Es handelt sich nicht um eine Entscheidung, die über Nacht getroffen wurde, sondern sie hat sich als Ergebnis der politischen Linie entwickelt, die die PKK und Öcalan seit Jahren verfolgen. „Der Aufruf zu Frieden und einer demokratischen Gesellschaft“ ist der Schlusspunkt, den Öcalan erreicht hat, der vor den Gerichten von İmralı erklärte, dass er „bereit sei, dem türkischen Staat zu dienen“.

Dieser Artikel wurde nicht nur verfasst, um die Situation zu bewerten oder vorgegebene Analysen voranzutreiben. Es geht auch nicht darum, in die internen Diskussionen der PKK einzugreifen oder ihr Vorschläge zu machen.

Die PKK kann ihren Kongress abhalten oder nicht, sie kann sich auflösen oder nicht – das sind interne Fragen dieser Partei. Aber unabhängig davon, in welche Richtung der Prozess geht, unabhängig davon, wie weit der Aufruf befolgt wird, wird das Problem Kurdistans weiterhin brennend bleiben.

Das eigentliche Ziel dieser Arbeit ist es, das Problem Kurdistans und die Entwicklungen im Nahen Osten aus einer kommunistischen internationalistischen Perspektive zu betrachten, einen Rahmen für ein revolutionäres Programm abzustecken und einen Schritt vorwärts zu machen, um die ersten organisatorischen Elemente dieses Programms zu bilden. Wenn dies erreicht werden kann, dann hat diese Arbeit ihr Ziel erreicht.

Der Hintergrund des Prozesses, der mit Bahçeli als Sprecher begann

Bei der Eröffnung des Parlaments für eine neue Sitzungsperiode signalisierten die Tatsache, dass Bahçeli zu den Reihen der DEM-Partei ging und Hände schüttelte, sowie seine erfreute Reaktion darauf, dass seine ausgestreckte Hand nicht ins Leere griff, den Beginn eines neuen Prozesses. Er erklärte: „Wir betreten eine neue Phase, wir müssen Frieden in unserem Land schaffen, während wir Frieden in der Welt fordern.“

Die bürgerlichen Medien haben sehr schnell Diskussionen über einen neuen Friedensprozess auf die Tagesordnung

gesetzt. Einige Tage später ergänzte Bahçeli seine Aussage: „Wir strecken die Hand nicht ohne Grund aus. Wir versuchen nicht ohne Grund, Hände zu schütteln, indem wir von unserem Platz aufstehen. Die Verantwortung, die DEM zukommt, ist es, den Wert dieser aufrichtigen Hand zu verstehen und mehr noch, sie als Schwelle zu betrachten, um eine Partei der Türkei zu werden, und sie zu berücksichtigen.“

Bahçeli übermittelt der DEM-Partei und der kurdischen politischen Bewegung die Botschaft: „Entweder spielt ihr nach den Regeln, die wir festgelegt haben, oder der Knüppel des Staates wird euch bestrafen.“ Dieser Vorstoß Bahçelis erfolgte weder aus seiner eigenen Initiative noch aus der seiner Partei. Es ist direkt die Reflexion des türkischen kapitalistischen Staates und seiner Interessen. Unter dem Einfluss des sich schnell ausbreitenden regionalen Krieges im Nahen Osten wurde die grundlegende Strategie des türkischen kapitalistischen Staates für die neue Phase durch Bahçeli ausgedrückt.

Bahçeli ist hier nicht der Sprecher der MHP und der Volksallianz. Bahçeli ist der Sprecher des türkischen kapitalistischen Staates und seiner Eigentümer, nämlich der Bourgeoisie. Auch wenn dies als widersprüchliche Situation erscheint, ist es aus der Perspektive des Überlebens des Staates sehr kohärent, ja sogar die beste Wahl. Die Tatsache, dass Bahçeli diesen Aufruf startet, verhindert von vornherein Risse, die innerhalb der Front der bestehenden Ordnung entstehen könnten. Darüber hinaus ermöglicht es, den Prozess nach der Logik von Zuckerbrot und Peitsche zu führen.

Nach diesem Aufruf Bahçelis erklärte der CHP-Vorsitzende Özgür Özel, dass „auch er den Kurden einen Staat verspricht, der gleiche Bürgerrechte ermöglicht“. Die DEM-Partei begrüßte den Prozess positiv und erklärte, dass der Gesprächspartner Öcalan sei, und forderte die Aufhebung seiner Isolationshaft. Parteien wie Yeniden Refah, Saadet, DEVA und Gelecek signalisierten ihre Unterstützung, auch wenn sie den Prozess vorsichtig betrachteten. Dieser Prozess hat von Anfang an eine breite Basis der Zustimmung geschaffen, die sich hinter der Volksallianz sammelte. Somit ging die Aufgabe, die Spielregeln festzulegen, das Spiel zu beginnen und gleichzeitig die Schiedsrichterrolle zu übernehmen, in das Monopol der Volksallianz über.

Im Zuge des Prozesses gab es nationalistische, chauvinistische und populistische Reaktionen von faschistischen und rechtspopulistischen Parteien wie İYİP, Zafer, Memleket und Vatan, die Bahçeli kritisierten. Doch kurz darauf änderte sich das Ziel dieser Reaktionen. Anstelle von Bahçeli wurden alle rechtspopulistischen, faschistischen und nationalistischen Reaktionen auf die CHP gelenkt. Der Grund dafür ist

folgender: Sollte sich der Prozess negativ entwickeln, werden die CHP und die DEM-Partei als Sündenböcke dargestellt.

Dieser Prozess zielt nicht nur darauf ab, die internen Einschränkungen zu überwinden, mit denen Erdoğan's Regime konfrontiert ist, sondern auch darauf, die neuen Entwicklungen und Gleichgewichte zu nutzen, um eine Staatsbildung Kurdistans zu verhindern und eine Widerstandsfront, die sich ihm entgegenstellen könnte, zu beseitigen. Seine grundlegende Strategie besteht darin, die kurdische Bewegung militärisch und politisch zu entwaffnen und sie unter Nutzung der Öcalan-Karte zu liquidieren. Erdoğan's Regime zielt darauf ab, sein bonapartistisches Regime zu stärken, indem es sich auf alle Kräfte der bestehenden Ordnung und ein breites politisches Spektrum stützt. Und die grundlegende Strategie dieses Ziels ist es, die innere Front zu stärken.

Was ist die Frage der inneren Front?

Der Begriff der inneren Front, den Mustafa Kemal in einer Rede erwähnt hatte, wurde von Erdoğan erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Im Zentrum des Prozesses, der mit Bahçelis Aufruf an Öcalan begann, steht das Ziel, die innere Front zu stärken. Seitdem Erdoğan 2015 mit der MHP zusammengerückt ist und begann, Allianzen mit dieser Partei zu schmieden, hat er begonnen, den Begriff des „Lokalen und Nationalen“ zu verwenden.

Er hat jedes Element, das außerhalb der Nationalen Allianz stand, als „nicht national“ und als „mit Wurzeln im Ausland“ attackiert. Er behauptete, dass nur er ein „lokales und nationales“ politisches Zentrum darstelle. Er stellte jeden Widerstand gegen seine Macht als eine Operation ausländischer Kräfte gegen die lokale und nationale Macht dar. Der Diskurs über das Lokale und Nationale diene sowohl dazu, seine eigene Basis zu festigen, als auch eine Grundlage für politische Legitimität zu schaffen.

Dieser Diskurs entsprach dem Bedürfnis nach einem rechtspopulistischen Diskurs, damit die Volksallianz ihre Macht aufrechterhalten konnte. Was den Diskurs zur Stärkung der inneren Front betrifft, so ist dies ein notwendiges Element für den türkischen Kapitalismus und die Zukunft des türkischen kapitalistischen Staates.

Was also ist diese innere Front? Wer bildet die innere Front? Wer steht außerhalb dieser Front? Zu welchem Zweck und im Rahmen welches politischen Programms wird die innere Front aufgebaut? Welcher Klasse gehört die innere Front an?

Wir können diese Front wie folgt beschreiben: eine Struktur, deren stärkste Kraft die Volksallianz ist und die alle in Parteien organisierten Kräfte vereint, die für vollständige Unabhängigkeit, territoriale Integrität und politische Einheit

stehen. Alle Kräfte, die darauf abzielen, den türkischen kapitalistischen Staat zu schützen, zu stärken und weiterzuentwickeln, haben sich hinter Erdoğan's Macht versammelt. Letztendlich ist die innere Front eine „Front der Türkei“, die von den „nationalen Kräften“ gegenüber allen äußeren Bedrohungen gebildet wird. Die innere Front ist, unter einem anderen Namen, die nationale Front.

Die wahre Bedeutung der nationalen Front besteht darin, dass sich alle politischen Kräfte der Gesellschaft hinter ein politisches Regime stellen müssen, das den Knüppel hält.

Die innere Front schafft gemeinsame Punkte. Der entscheidendste ist die Unveränderlichkeit der Grenzen des türkischen Staates und seine territoriale Integrität. Ihre Mindestbedingung ist es, Kurdistan nicht als ein kolonisiertes Land, sondern als einen integralen Bestandteil der Türkei zu betrachten. Dass die kurdische Nation eine nationale Forderung äußert, bedeutet, der inneren Front den Krieg zu erklären. Um diese Gefahr abzuwenden, muss Kurdistan, das eine Kolonie der Türkei ist, zu einem integralen Bestandteil der inneren Front gemacht werden.

Dies kann nicht mit militärischen Operationen erreicht werden. Genau hier nimmt die historische Mission Öcalans ihre volle Bedeutung an. Forderungen wie Unabhängigkeit, Föderation oder Autonomie müssen als extremistisch-nationalistische Auswüchse verurteilt werden. Es muss eine politische und militärische Entwaffnung der Kurden und ihre Integration in den Staat und die Nation geben. Und dieser Prozess muss als „der Aufruf des Jahrhunderts“ präsentiert werden, als der einzige Weg, der Frieden in den Nahen Osten und nach Kurdistan bringen wird.

Die innere Front und die imperialistischen Ziele Erdoğan's

Die innere Front setzt die Unterstützung und Beteiligung an Erdoğan's imperialistischen Bestrebungen im Nahen Osten voraus. Und wenn man sich dagegen stellen muss, dann sollte man freundlich darauf hinweisen, dass diese Kriegspolitik nicht positiv für die Zukunft des Landes ist. Andernfalls würde man sich unweigerlich gegen die innere Front stellen.

Damit die innere Front stark sein kann, muss die Front der Arbeiter*innen ohne Organisation und ohne echte Macht sein. Der geringste Widerstand wird die Einheit und Integrität der inneren Front schädigen. Aus diesem Grund wird jeder Streik, jeder Kampf im Zusammenhang mit dem Klassenkampf als „Risiko für die nationale Sicherheit“ angesehen. Das einzige Element, das die innere Front benötigt, sind lokale und nationale Gewerkschaften, die die Arbeiter*innen unter Kontrolle halten, sowie sozialistische und reformistische Organisationen, die Teil dieser inneren Front sein werden. Jedes Element, das sich außerhalb dieses

Rahmens befindet, wird als feindliche Kraft gegen die innere Front betrachtet.

Die innere Front ist der Name für die Versklavung im Namen der Interessen der Bourgeoisie!

Die innere Front ist der Name für die Versklavung im Interesse der Bourgeoisie und ihres Staates im Rahmen einer Diktatur, die den Knüppel in der Hand hält. Angesichts der Strategie Erdoğan's, die innere Front zu erweitern, lautet unser grundlegendes Motto:

Der wahre Feind steht in deinem eigenen Land!

Weiten wir nicht die innere Front der Bourgeoisie, sondern die revolutionäre Front der Arbeiter*innen und Unterdrückten aus!

Wie sind die Ernennung von Verwaltern anstelle von Gewählten und die Operationen gegen den HDK² zu verstehen?

Die Ernennung von Verwaltern ist eine ziemlich alte Tradition in der Politik der türkischen Republik. Der Staat, der vom Osmanischen Reich übernommen und 1923 neu konzipiert wurde, steht in der Tradition der Ernennungskultur in der osmanischen Verwaltung. Bis 1950 wurde alles durch Ernennungen geregelt. Selbst in Zeiten, in denen Wahlen stattfanden, gab es eine Machtteilung zwischen den gewählten Führern und den ernannten Verwaltern, die immer eine entscheidende Rolle behielten. Heute setzt sich diese Tradition fort. Die Geschichte der türkischen Politik ist gleichzeitig die Geschichte der Militärputsche und des Prozesses der Politikgestaltung unter dem Schwert der Armee. Die türkische Republik, die die Fortsetzung des osmanischen Despotismus war, existierte gleichzeitig als eine Republik ernannter Verwalter.

Erdoğan's Regierung ernennt einen Verwalter für jede Gemeinde, die sie nicht bei Wahlen gewinnen konnte. Dies bedeutet de facto die Entziehung des Rechts der kurdischen Bevölkerung, zu wählen und gewählt zu werden. Die Politik der ernannten Verwalter ist eine klassische koloniale Herrschaftsmethode in Regionen, die zu Kolonien gemacht wurden. Die Politik der ernannten Verwalter des Erdoğan-Regimes ist die nackte und schockierendste Erinnerung an die Kolonialisierung.

Was hier wirklich diskutiert werden muss, ist die Politik, Verwalter anstelle von Gewählten zu ernennen, und die Fortsetzung der Operationen gegen die HDK trotz Bahçelîs

Aufruf an Öcalan. Der Staat versucht nicht nur, die PKK zu liquidieren; er zielt auch darauf ab, die legalen Organisationen des kurdischen Volkes unwirksam zu machen und sie, wenn möglich, ebenfalls zu liquidieren. Falls der Prozess nicht so verläuft, wie der Staat es wünscht, hat er sich bereits heute in Bewegung gesetzt, um eine mögliche Reaktion der kurdischen Bewegung unter Kontrolle zu halten. Mit anderen Worten, es handelt sich um einen „Lösungsprozess mit dem Knüppel in der Hand“.

Allerdings wäre es unvollständig, diesen Prozess nur anhand der internen politischen Entwicklungen zu analysieren. Die Zunahme der Ernennungen von Verwaltern und der Operationen gegen die HDK hat einige wichtige Gründe:

Die internationale Konjunktur: Während sich die Haltung der USA und der EU zur kurdischen Frage ändert, verstärken sich die Bemühungen der Türkei, ihre Position in Rojava und Süd-Kurdistan zu festigen. Erdoğan versucht, seine Position zu stärken, indem er aggressivere Maßnahmen gegen die kurdische Bewegung im Rahmen der internationalen Gleichgewichte ergreift.

Die Wahlen und das interne politischen Gleichgewicht: Erdoğan setzt die Repression gegen die kurdische Bewegung fort, um die nationalistische Basis engmaschig zu kontrollieren und ein Auseinanderbrechen der Volksallianz zu verhindern. Bahçelîs Äußerungen sind Druckmittel, um die Basis der MHP zu stärken und die Politik der ernannten Verwalter voranzutreiben.

Die Wirtschaftskrise und das Krisenmanagement: Aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise sind die verstärkten Angriffe auf die kurdische Bewegung eine der effektivsten Möglichkeiten des Staates, die nationalistisch-konservativen Massen zu mobilisieren. Die ernannten Verwalter sind gleichzeitig ein Mechanismus, um lokale Reichtümer in kapitalistische Kreise, die mit der AKP verbunden sind, umzuleiten.

Der laufende Prozess ist nichts anderes als ein Prozess, um die kurdische Bewegung zu untergraben, zu liquidieren und unwirksam zu machen. Die Ernennungen von Verwaltern und die massenhaften Inhaftierungen sind Teil dieses großen Plans.

Wie lautet der Name des Problems in Kurdistan?

Die kurdische Frage ist im Grunde eine Frage der Macht und der Landzugehörigkeit. Es handelt sich also um ein koloniales Problem. Dass Kurdistan eine in vier Teile geteilte Nation ist,

2 Halkların Demokratik Partisi - Die Halkların Demokratik Partisi (Kurzbezeichnung: HDP; türkisch für Demokratische Partei der Völker, auf kurdisch: *Partiya Demokratîk a Gelan*) ist eine linksgerichtete politische Partei in der Türkei. Sie befürwortet Minderheitenrechte, insbesondere für die kurdische Minderheit.

dass ihm das Recht verweigert wird, seine Zukunft selbst zu bestimmen, und dass es unter dem Joch eines massiv rassistischen Regimes steht, bestimmt den grundlegenden Charakter des Problems. Diese Realität zu vernachlässigen und das Problem auf eine Frage der kulturellen Rechte oder auf eine Frage der „Demokratisierung“ des kapitalistischen Staates zu reduzieren, bedeutet, den Kolonialismus von vornherein zu akzeptieren.

Die türkische Bourgeoisie versucht, das Problem Kurdistans als ein „kurdisches Problem“ darzustellen, um es als ein „Minderheitenproblem“ zu präsentieren, bei dem es um die Verweigerung nationaler Rechte in der Türkei geht. Doch Kurdistan ist nicht nur eine Region, in der ein unterdrücktes Volk lebt, sondern auch ein kolonisiertes Land. Aus diesem Grund können wir zwei grundlegende Probleme feststellen:

1. **Das äußere Problem**, also die Frage des Kolonialismus. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass Kurdistan in vier Teile geteilt ist, besetzt ist und unter dem Joch bürgerlicher Staaten lebt.
2. **Das innere Problem**, also die ideologische und politische Belagerung. Dabei handelt es sich um Bemühungen, das kurdische Volk von seinen nationalen Forderungen zu trennen, es in eine bürgerliche Politik einzubinden und es in die kolonialistische kapitalistische Ordnung zu integrieren.

Heute reißen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führungen der Kurden das Problem aus der Frage von Land und Macht heraus und reduzieren es auf die Frage der Demokratisierung des türkischen kapitalistischen Staates. Doch diese Perspektive macht eine Lösung unmöglich. Kurdistan ist Teil der imperialistischen Gleichung im Nahen Osten, daher wird die Befreiung des kurdischen Volkes nicht nur durch einen Kampf für die nationale Befreiung möglich sein, sondern durch einen revolutionären Prozess, der die gesamte Region erfassen wird, also durch eine Strategie der permanenten Revolution.

Heute steht dem kurdischen Volk nicht nur der türkische Staat gegenüber, sondern auch eine imperialistische Hierarchie und regionale Kräfte, die davon abhängen. Die kolonisierte Position Kurdistans bildet einen der Grundpfeiler der imperialistischen Ordnung im Nahen Osten. Aus diesem Grund ist der Kampf für die nationale Befreiung in Kurdistan untrennbar mit dem Kampf für die sozialistische Revolution verbunden. Nur mit dieser Perspektive können die kurdischen Arbeiter*innen und Werktätigen aus den engen Grenzen des bürgerlichen Nationalismus und Reformismus befreit werden.

Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führungen haben keine Lösung für die Probleme Kurdistans anzubieten. Ihr

Horizont beschränkt sich darauf, einen Status innerhalb des imperialistischen Systems zu suchen. Doch die wahre Befreiung des kurdischen Volkes ist nur mit einer revolutionären Arbeiter*innenregierung möglich, die den Kolonialismus und Imperialismus stürzen kann. Und dies kann nur mit einem revolutionären Programm erreicht werden, das die gesamte Region umfasst, durch die Vereinigung der Arbeiter*innen und Werktätigen Kurdistans mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern im Nahen Osten.

Warum die Revolution Kurdistans eine permanente Revolution sein muss

Die Revolution Kurdistans darf nicht nur als Kampf für die nationale Befreiung des kurdischen Volkes gesehen werden. Diese Revolution ist gleichzeitig mit den revolutionären Prozessen im Nahen Osten und in der ganzen Welt verbunden, und diese Verbindung entsteht aus der Tatsache, dass Kurdistan eine international geteilte Kolonie ist. Dies zeigt deutlich, dass die Revolution Kurdistans mit einer internationalen Perspektive geführt werden muss.

Für ein vereintes und unabhängiges Kurdistan ist die Revolution in den kolonialistischen Staaten unerlässlich

Die grundlegende Dynamik der Revolution Kurdistans beschränkt sich nicht auf die Freiheit des kurdischen Volkes. Diese Revolution erfordert, dass die bestehenden kapitalistischen und imperialistischen Strukturen der vier kolonialistischen Staaten – der Türkei, des Iran, des Irak und Syriens – mit revolutionären Mitteln zerstört werden. Diese Staaten beschränken sich nicht darauf, das kurdische Volk auszubeuten, sie unterdrücken auch die anderen Völker der Region und errichten eine ausbeuterische Souveränität. Die Revolution Kurdistans muss Teil eines internationalen Kampfes gegen diese vier kolonialistischen Staaten sein, denn die Souveränität dieser Staaten verhindert die wahre Freiheit des kurdischen Volkes.

Der vereinte Kampf unter der Führung der Arbeiter*innenklasse

Es wird nicht möglich sein, die Freiheit und Unabhängigkeit des kurdischen Volkes unter bürgerlichen oder kleinbürgerlichen nationalistischen Führungen zu erreichen, sondern nur unter der politischen Führung der Arbeiter*innenklasse. Dieser Kampf darf nicht auf einer nationalistischen Linie geführt werden, sondern mit einer internationalistischen Perspektive. Eine nationalistische Herangehensweise wird nicht nur die Probleme des kurdischen Volkes zusätzlich mit vorübergehenden Lösungen überfrachten, sondern auch den revolutionären Kampf behindern, da sie nach einer Versöhnung mit den kolonialistischen Staaten strebt.

Die Versöhnungsversuche reformistischer Führer wie Öcalan mit den kolonialistischen Staaten haben dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes einen schweren Schlag versetzt. Dieses Volk kann seine Freiheit nur mit proletarischem Internationalismus und dem vereinten Kampf aller Völker des Nahen Ostens gewinnen. Dies erfordert die Verteidigung einer sozialistischen und revolutionären Perspektive im Gegensatz zu einer nationalistischen.

Die Notwendigkeit von Verbündeten im Nahen Osten und die Perspektive der sozialistischen Revolution

Das kurdische Volk ist nicht allein in seinem Kampf für die Freiheit, doch es muss sich mit den richtigen Verbündeten in Bewegung setzen. Die Geschichte hat mehrfach bewiesen, dass weder die kolonialistischen Staaten noch die bürgerlichen islamistischen Regime des Nahen Ostens noch die USA und die EU Freunde der Kurden sein können. Aus diesem Grund ist es für das kurdische Volk nur möglich, Verbündete unter den arbeitenden Völkern des Nahen Ostens zu finden. Um dieses Bündnis schließen zu können, muss ein gemeinsames Ziel festgelegt werden: die Sozialistischen Räte des Nahen Ostens.

Ein unabhängiges, vereintes und freies Kurdistan ist nur möglich, wenn es Teil des revolutionären Kampfes im Nahen Osten ist und mit einer sozialistischen Transformation einhergeht. Die Revolution Kurdistans darf sich nicht auf die Freiheit des kurdischen Volkes beschränken, sie muss eine vereine Kraft für die Freiheit aller Völker der Region sein. Der Weg dorthin ist nur mit einer starken internationalistischen kommunistischen Partei und der Perspektive der sozialistischen Revolution möglich.

Die permanente Revolution und die Zukunft Kurdistans

Die Revolution Kurdistans ist nicht nur der Kampf für die Unabhängigkeit des kurdischen Volkes, sie ist gleichzeitig Teil eines regionalen und weltweiten revolutionären Prozesses. Kurdistan, als eine zwischen vier kolonialistischen Staaten geteilte Nation, muss seinen revolutionären Kampf nicht nur als lokalen Kampf sehen, sondern als eine Revolution, die Teil der sozialistischen Transformation des gesamten Nahen Ostens ist. Damit dieser Kampf erfolgreich sein kann, brauchen wir die Perspektive der permanenten Revolution und die Kraft eines internationalistischen Kampfes.

Wir, als internationalistische kommunistische Kämpfer, existieren, um Teil dieser Revolution zu sein und für die Befreiung aller arbeitenden Völker des Nahen Ostens zu kämpfen.

Ist der schlechteste mögliche Frieden besser als der Krieg? Die Trennlinien zwischen liberalen Pazifisten und internationalistischen Kommunisten in Bezug auf den Frieden

Ist der schlechteste mögliche Frieden besser als der Krieg? Dieser Diskurs begann sich nach Öcalans Aufruf deutlich zu verbreiten. Sowohl innerhalb der kurdischen Bewegung als auch in der sozialistischen Bewegung wurde er weitgehend aufgegriffen. Diese Frage wird historisch mit einem liberalen und pazifistischen Diskurs über die Grausamkeit des Krieges und die Notwendigkeit des Friedens diskutiert. Doch die Beziehung zwischen Krieg und Frieden nur als oberflächlichen Gegensatz zu betrachten, würde die Logik der kapitalistischen Weltordnung ignorieren.

Der Kapitalismus bereitet den Boden für einen Frieden, der auf der bestehenden Ordnung basiert; dieser Frieden bedeutet in Wirklichkeit die Schaffung einer ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Hegemonie unter dem Joch des Siegers. In diesem Kontext bedeutet Frieden nicht nur, dass die Waffen schweigen, sondern auch eine Situation, die die Macht und die Interessen der herrschenden Klassen und der imperialistischen Staaten stärkt.

Zum Beispiel kann das Friedensabkommen in Gaza für den zionistischen Staat Israel Frieden bedeuten, aber dies bedeutet keineswegs Freiheit für das palästinensische Volk. Der Frieden, der am Ende des Krieges geschlossen wird, bedeutet mehr Ausbeutung, mehr Unterdrückung und mehr Knechtschaft für die lokalen Völker und die unterdrückten Klassen. Die Macht hinter dem Frieden dient immer den Interessen der Bourgeoisie.

Die internationalistische kommunistische Perspektive argumentiert, dass Frieden viel mehr bedeutet als das Ende des Krieges. Frieden muss eine Situation sein, die durch den freien Willen der Völker bestimmt wird; und dies wird nicht durch den entscheidenden Sieg im Krieg erreicht, sondern durch den Sieg der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Ohne die Herrschaft des Kapitalismus zu brechen, können die Völker das Recht, ihre Zukunft und ihre Freiheiten zu bestimmen, nur mit einem revolutionären Frieden erlangen.

Dieser Gegensatz zwischen Krieg und Frieden ist die wichtigste Trennlinie zwischen dem Frieden des Kapitalismus, der auf imperialistischen Interessen basiert, und dem revolutionären Frieden der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Wenn Frieden nur die Fortsetzung einer Ordnung ist, die auf der Herrschaft der siegreichen

Partei basiert, dann ist es kein Frieden, sondern die Aufrechterhaltung eines kolonialistischen Status quo.

Abschließend müssen wir den Frieden aus einer historischen und klassenbezogenen Perspektive neu definieren. Frieden muss auf dem freien Willen und der Freiheit der Völker basieren, er muss zum Sieg der Arbeiter*innenklasse und der Unterdrückten über die kapitalistische Hegemonie führen. Andernfalls ist das Reden von Frieden nichts anderes als der Wiederaufbau der bestehenden Ausbeutungsordnung.

Die ideologische Entwicklung der PKK

Der größte Teil Kurdistans und der Teil mit der größten kurdischen Bevölkerung ist Nordkurdistan, das vom türkischen Staat kolonisiert wird. Vor der PKK gab es zahlreiche Aufstände und nationale Organisationen in Nordkurdistan, und es existieren immer noch linke oder sozialistische Organisationen und Parteien, die sich insbesondere nach den 1960er Jahren entwickelten. Doch die Organisation, die die größte Wirkung hatte, die massivste war und den türkischen kapitalistischen Staat am meisten erschütterte und weiterhin am effektivsten existiert, war die PKK. Die PKK gab 1978 ihre Gründung bekannt. Ihr Programm war stalinistisch, nationalistisch und befürwortete eine Revolution in Etappen. Sie sah die nationale Unterdrückung der Kurden als den grundlegenden Widerspruch an. Die Revolution Kurdistans sollte demokratisch und national sein. Alle anderen Fragen sollten sich daraus ableiten. Als Schritt nach der Revolution gegen den Kolonialismus und Feudalismus sollte die Befreiung des kurdischen Volkes das Ziel sein, um seine Freiheit zu erlangen, über seine Zukunft zu entscheiden und eine nationale und demokratische Republik zu gründen. Obwohl sie ein vereintes Kurdistan verteidigte, konzentrierten sich ihre Politik und Aktionen auf einen, den türkisch kolonisierten Teil Kurdistans, genau wie die kurdischen Führungen in anderen Teilen. Die PKK war nicht die Partei der kurdischen Grundbesitzer, Herrscher und Feudalherren wie KDP³ und KYB⁴.

Ihre ersten Aktionen richteten sich gegen die kurdischen Feudalherren und Grundbesitzer. Der Name der Partei bedeutete „Arbeiterpartei Kurdistans“. Im Gegensatz zur

KDP und KYB bezog sich diese Bewegung auf marxistische Punkte und hatte programmatische Ansichten. Trotz ihres Namens war die PKK weder in ihrem Programm noch in ihrer sozialen Struktur jemals eine Arbeiterpartei. Sie zielte, mit Ausnahme einiger Initiativen in der frühen Phase, nicht darauf ab, sich auf die kurdische Arbeiter*innenklasse zu stützen. In den kurdischen Regionen war die Arbeiter*innenklasse zahlenmäßig schwach, aber von großer Bedeutung in qualitativer Hinsicht. Die PKK organisierte die kurdischen Arbeiter*innen, deren Zahl in den Großstädten der Türkei und in Westeuropa zunahm, nur als Unterstützer und Spender für den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan. Ihre wichtigsten sozialen Basen waren die kurdischen Intellektuellen und die armen Bauern. Ihre Hauptmittel und Kriegsstrategie bestanden darin, bewaffnete Brigaden für den Guerillakrieg zu bilden, der die Besetzung Kurdistans beenden sollte. Der Militärputsch vom 12. September 1980 hatte alle linken und sozialistischen Organisationen in der Türkei und in Nordkurdistan schwer gelähmt. Während dieses Prozesses begnügte sich die PKK nicht damit, sich erfolgreich zu behaupten - sie erreichte eine Stärke, die alle Bastionen des türkischen kapitalistischen und kolonialistischen Staates in Kurdistan erschütterte. 1984 begann die PKK ihren ersten bewaffneten Kampf mit den Überfällen auf Eruh und Şemdinli. Der Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK führte zum Zusammenbruch des Reiches der Angst über das kurdische Volk. Es hatte einen Raum geschaffen, um den Zorn, der sich gegen alle Unterdrückungen des Staates gebildet hatte, massenhaft zu machen. Zu Beginn der 1990er Jahre war die PKK zur dominierenden Kraft der kurdischen Bevölkerung in Kurdistan geworden. Sie begann auch außerhalb Kurdistans zu existieren. In Westeuropa hatte sie Massenorganisationen gebildet, um ihren Kampf zu unterstützen und die internationale Meinung zu gewinnen.

Die PKK rekrutierte ihre militante Basis aus der armen Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum und der Jugend. Sie war die Organisation, die das fortschrittlichste Programm zur Emanzipation der Frauen unter den bestehenden kurdischen politischen Führungen hatte. Während ihrer gesamten Geschichte hat sie ihrem Programm und ihrer Organisation einen zentralen Platz eingeräumt. Sie entwickelte sich ständig in diesen Punkten weiter. Als

3 Die Demokratische Partei Kurdistans oder PDK (kurdisch: Partiya Demokrat a Kurdistanê; پارته دیموکراتی کوردستان) ist eine kurdische nationalistische politische Partei, die am 16. August 1946 in Irakisch-Kurdistan unter der Führung von Mullah Mustafa Barzani gegründet wurde. Seit dem Tod von Mustafa Barzani im Jahr 1979 wird die Partei von seinem Sohn Massoud Barzani geführt.

4 Die Patriotische Union Kurdistans (kurdisch: Yekîtiya Nîştîmaniya Kurdistan oder Yekîtiya Nîştîmanperwerê Kurdistan / YNK) ist eine 1975 gegründete politische Partei mit Sitz in Sulaimaniya, Irak. Sie wurde von Jalal Talabani, Noşîrwan Mustafa, Fuad Masum und Ali Askeri als Folge der Spaltung der KDP gegründet. Seit 2005 waren alle irakischen Präsidenten Mitglieder der PUK. Seit 2020 ist der Parteivorsitzende Bafel Talabani.

Reaktion auf die feudale, islamistische und patriarchale Familienunterdrückung und als Raum des Kampfes gegen diese Unterdrückung schlossen sich viele junge kurdische Frauen den Reihen der PKK an. Die PKK nutzte jahrelang das Bekaa-Tal, das innerhalb der Grenzen des syrischen Staates liegt, als Ausbildungs- und Operationsbasis für die Guerillakräfte. Was einerseits ein wichtiger Vorteil der PKK für den Guerillakrieg war, hatte aber auch seine Schattenseiten. Der syrische Staat, der die PKK bei der Guerillabasis unterstützte, war der Kolonisorator des westlichen Teils Kurdistans. Der syrische Staat unterdrückte die Kurden innerhalb seiner Grenzen mindestens genauso stark wie der türkische Staat. Die grundlegende Bedingung dafür, dass die PKK in Syrien bleiben konnte, war, das zu ignorieren, was im syrischen Kurdistan geschah. Und diese Situation bedeutete de facto den Verzicht auf das Ziel für ein vereintes und freies Kurdistan. Die Existenz der PKK in Syrien ermöglichte es dem syrischen Staat, die Türkei bei Spannungen zwischen den beiden Ländern zu schwächen. Zu Beginn der 1990er Jahre fanden wichtige Veränderungen in der Welt statt. Diese Veränderungen betrafen auch die PKK.

Die erste war die Integration der UdSSR und der stalinistischen Regime, die ihre Satelliten waren, in den Kapitalismus. Diese Situation zwang die PKK, ihren Anhängern den laufenden Prozess zu erklären. Die PKK erklärte diesen Prozess mit dem Zusammenbruch der herrschenden Bürokratie, dem Verrat an der Demokratie und der Entfremdung vom Volk. Im Vergleich zu anderen sozialistischen Gruppen in der Türkei und Kurdistan konnte die PKK diesen Prozess relativ einfach erklären. Denn ein bedeutender Teil der türkischen sozial-chauvinistischen sozialistischen Parteien, die sich von dem kurdischen Kampf distanzieren, stand auf der Linie Moskaus. Aufgrund der Verbindungen, die die UdSSR in der Vergangenheit mit den Kurden geknüpft hatte, bestand eine gewisse Distanz zur Führung Moskaus. Im Programm der PKK dominierte die stalinistische Etappentheorie. Zuerst die nationale demokratische Revolution, die Gründung Kurdistans, dann, auf unbestimmte Zeit verschoben, die sozialistische Revolution. Im Grunde basierte das Programm der PKK auf dem stalinistischen kleinbürgerlichen Nationalismus. Die programmatische Entwicklung während ihrer gesamten Geschichte trug die Handschrift dieses Programms. Die Grundlage aller Widersprüche, die die PKK während ihrer gesamten Geschichte erlebte, sollte ebenfalls auf dieses Programm zurückgehen.

Die zweite wichtige Entwicklung war die politische Situation zu Beginn der 1990er Jahre.

Zwischen 1990 und 1993 hatte die PKK den Höhepunkt dessen erreicht, was sie durch den Guerillakrieg erreichen konnte. In Kurdistan gab es in zunehmendem Maße „Serhildan“ (Volksaufstände). Befreite Gebiete unter der

Kontrolle der PKK, in denen der türkische kapitalistische Staat die Souveränität verloren hatte, begannen zu entstehen. Angesichts dieser Situation begann der türkische kapitalistische Staat, intensiven Druck auf die syrische Regierung auszuüben. Und diese Situation ebnete den Weg für einen Prozess, der die Beziehungen zwischen der PKK und dem syrischen Staat stören oder sogar beenden würde. Im Krieg, den die USA gegen Saddam Hussein führten, hatte Öcalan die Position des revolutionären Defätismus für beide Seiten eingenommen. Es hatte sich auch ein rechter Flügel gebildet, der ein Bündnis mit den USA befürwortete. Dies ermöglichte die Bildung von Oppositionszentren gegen Öcalan innerhalb der PKK. Nach dem Jahr 1993 begann die PKK, sich in Richtung einer liberaleren und versöhnlicheren Linie zu entwickeln. Der Weg des endgültigen Verzichts auf die Ziele der nationalen demokratischen Revolution und des unabhängigen Kurdistans begann sich zu öffnen. Die Frage der Unabhängigkeit wich allmählich Forderungen nach Autonomie, verfassungsmäßiger Gleichheit und sozialen Reformen. Das Ziel des unabhängigen Kurdistans wich einem Zusammenleben ohne Trennung vom türkischen kapitalistischen Staat im Rahmen einer bürgerlichen demokratischen Republik. Von Zeit zu Zeit wurden einseitige Waffenstillstände proklamiert und Wege für Verhandlungen und Dialog gesucht. Der Guerillakampf wurde nicht mehr mit einem antikolonialistischen politischen Ziel geführt, sondern um Druck zu erzeugen, damit der Staat demokratische Reformen und Verhandlungen beginnt, um sich in die Ordnung des kolonisierenden Staates integrieren zu können. Das traurige Ende, das alle kleinbürgerlichen nationalistischen Organisationen der Welt, die auf kleinbürgerlichem Radikalismus basierten, erlebten, ereilte nun auch die PKK. Der Name dieses traurigen Endes: der bewaffnete Reformismus. Öcalan hatte sogar begonnen, Europa zu besuchen, um die Unterstützung bürgerlicher Staaten für diese Ziele zu erhalten.

Was den türkischen kapitalistischen Staat betrifft, so wollte er keineswegs verhandeln, er wollte Öcalan gefangen nehmen und die PKK beenden. Der syrische Staat hatte Ende der 1990er Jahre beschlossen, die Lager der PKK und Öcalan auszuweisen. Letzterer wurde nach seinem Verlassen Syriens mit Unterstützung des europäischen Imperialismus an die Türkei ausgeliefert. Obwohl die PKK auf einem mit der KDP, KYB und der KDP des Iran unvergleichbaren Niveau links und fortschrittlich war, hatte sie den Weg und die politische Linie der bürgerlichen nationalistischen Führungen eingeschlagen. Sie hatte mit dem Ziel eines unabhängigen vereinten Kurdistans begonnen, alle ihre Aktivitäten auf einen Teil Kurdistans beschränkt, die Unterstützung eines anderen kolonisierenden Staates gegenüber dem kolonisierenden Staat, der den Teil besetzte, in dem sie kämpfte, erhalten, das Ziel der Unabhängigkeit zugunsten von Autonomie und nationalen demokratischen

Zielen schnell aufgegeben, begonnen, Verbündete unter den imperialistischen Staaten zu suchen, und am Ende haben diese imperialistischen Staaten Partei für die Kolonisatoren ergriffen. Als Ergebnis dieser systematischen Entwicklung hat die Knechtschaft Kurdistans Bestand. Die Kurden, die zu den am meisten kämpfenden Völkern der Welt gehören, waren die Opfer der Imperialisten, der vier kolonisierenden Staaten und ihrer eigenen bürgerlichen, kleinbürgerlichen nationalistischen Führung.

Die ideologische Entwicklung von Öcalan und der PKK nach İmralı

Die Gefangennahme Öcalans mit Hilfe der europäischen imperialistischen Staaten und seine Auslieferung an die Türkei markierten den Beginn einer neuen Phase für die PKK. Obwohl die Gefangennahme Öcalans eine ernsthafte Demoralisierung innerhalb der PKK auslöste, kamen die eigentliche Enttäuschung und Verwirrung mit seiner Verteidigung vor Gericht. Indem Öcalan in seiner Verteidigung erklärte, dass er bereit sei, dem kolonialistischen kapitalistischen türkischen Staat zu dienen, dass er, wenn ihm eine Rolle zugewiesen würde, das Problem lösen würde, dass er für die Entwaffnung der PKK sei und eine demokratische Türkei verteidige, löste er Empörung unter seinen Unterstützern und innerhalb der Organisation aus.

„Die demokratische Lösung ist, wie es allgemein der Fall ist, die einzige Lösung für die kurdische Frage. Eine Trennung ist weder möglich noch notwendig. Das Interesse der Kurden liegt absolut in der Einheit mit der Türkei. Wenn die demokratische Lösung richtig angewendet wird, wird sie ein realistischeres Modell sein als Autonomie oder Föderation. Die Praxis bewegt sich bereits in diese Richtung.“ „Das Verschwinden des Kontextes des bewaffneten Konflikts wird viele Organisationen, die seit vielen Jahren illegal sind, dazu drängen, sich mit dem demokratischen Kontext zu vereinen.“ (Öcalans Verteidigung).

Während des Prozesses versuchte die PKK auf vielfältige Weise, ihrer Basis diese Verteidigungslinie zu erklären. Viele urbane Legenden, wie die Verabreichung von Drogen an Öcalan, die Tatsache, dass er nicht bei klarem Verstand war und dass er deshalb eine solche Verteidigung verwendet hatte, wurden vorgebracht. Doch es gibt keinen Widerspruch zwischen dieser Verteidigung und der politischen Linie, die die PKK seit 1993 verfolgt hat. Nach dieser Verteidigung begann ein schneller Prozess der liberalen Liquidierung innerhalb der PKK. Der linke Flügel der Partei wurde mit gewalttätigen Mitteln liquidiert. Einige Monate später wurde Öcalan erneut zum Führer der Partei ernannt. Dies konnte gelingen, weil die PKK eine stalinistische kleinbürgerliche Partei war. Ein starker Personenkult um Öcalan entstand. Nach dem Prozess begann der Prozess der Schaffung eines

Mythos um die Person Öcalans innerhalb der Organisation und ihrer Basis. Obwohl er ein Gefangener des Staates ist, führt er weiterhin die Partei, das Volk und die Bewegung mit einer völlig neuen Ideologie und einer von ihm erfundenen Strategie. Er behauptete, den Marxismus überwunden zu haben, neue Theorien und Ideologien entwickelt zu haben. Öcalan mag glauben, den Marxismus überwunden zu haben, aber wenn es etwas gibt, das er nicht überwunden hat, dann ist es der Kapitalismus. Während er seine stalinistischen und kleinbürgerlich-nationalistischen Aspekte bewahrte, fügte er eine Verwirrung hinzu, die Libertarianismus, Anarchismus und Postmodernismus vermischte. Er tauschte das stalinistische Programm der nationalen Befreiung und der schrittweisen Machteroberung gegen die Ideologie des „demokratischen Konföderalismus“ ein. Er kombinierte ein stalinistisches Programm mit einem kleinbürgerlich-sozialistischen Programm, das kleinbürgerlichen Nationalismus, Elemente des kleinbürgerlichen Feminismus und ein populistisches Programm vermischte. Laut Öcalan, dessen Ansichten aus einem Lehrbuch mit dem Titel „Einführung in den Anarchismus“ entlehnt sind, ist der Marxismus gescheitert, weil er befürwortete, dass die Revolution die Staatsmacht übernimmt und zuvor versuchte, die unterdrückten Klassen als herrschende Klassen zu etablieren. Aus diesem Grund sollte man nicht danach streben, die Macht zu erobern, sondern danach, den Staat von innen heraus überflüssig zu machen. Dies würde Formen der Selbstverwaltung, demokratische Rechte und vor allem „Räte“, zukünftige Formen der Vergesellschaftung, erfordern. Wenn sich dies Schritt für Schritt entwickelt und wenn man ein Volkserziehungsprogramm hinzufügt, das auf Zusammenarbeit ohne Unterdrückung abzielt, würde eine neue, auf Kooperation basierende Wirtschaft die kapitalistische Wirtschaft ersetzen, und der Staat würde allmählich immer unwichtiger werden.

Öcalan hat nicht nur den Stalinismus, sondern auch die marxistische Theorie des Staates und der kapitalistischen Produktion revidiert. Er hat auch das Programm zur Frauenbefreiung und nationalen Befreiung überarbeitet. Dieses Programm birgt den folgenden Widerspruch: Wenn man nicht die Absicht hat, die Macht zu ergreifen, warum braucht man dann eine politische Partei, um das Volk zu führen? Öcalans Antwort ist einfach: um die Ideologie zu verbreiten und die Menschen dazu zu bringen, einem zu folgen. Kurz gesagt, trotz der klassenlosen demokratischen Utopie, die die PKK in den letzten Jahren vertreten hat, kann das kleinbürgerliche Programm nicht nur ausschließlich mit Demokratie umgesetzt werden.

Natürlich macht die Unterdrückung der Kurden und die gegen sie gerichteten Kriege die „reine Demokratie“ bereits utopisch. Doch dieses politische und wirtschaftliche Programm erfordert gleichzeitig eine Partei, die innerhalb der

Strukturen des Kampfes der Arbeiter und Bauern für deren Führung und demokratische Funktionsweise kämpft, ohne mit ihnen identisch zu sein. Stattdessen muss sie an ihrer Seite oder mit ihnen für die politische Führung kämpfen. In einer Arbeiter*innenrevolution erscheinen die Räte/Sowjets als Organe des Kampfes und der direkten Demokratie. Sie können ihr Potenzial nur entfalten, wenn die Arbeiter*innenklasse die ausgebeuteten und unterdrückten Massen an die Macht bringt, um das Programm der Enteignung der Kapitalistenklasse umzusetzen. Auf einer solchen wirtschaftlichen und sozialen Basis kann eine Arbeiter*innenregierung die gesamte Wirtschaft demokratisch planen.

Die revolutionäre Partei kann die Führung für ein Programm gewinnen, das die objektiven Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllt und das bewusste Ausdruck der durch die Revolution bestimmten Aufgaben für die Arbeiterklasse ist. Dies sind die Grundlagen, auf denen die revolutionäre Partei verantwortlich, gewählt und abberufbar ist. Deshalb können Organe wie die Sowjets nur vor der Revolution entstehen und nur dann bestehen, wenn sie die Macht erobern. Wenn sie dies nicht tun und die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft nicht verändern, wird die Führung der revolutionären Partei keine Avantgarde sein und schließlich den Weg für eine konterrevolutionäre Kraft ebnen, die zur Entwaffnung der Räte oder ihrer Integration in bürgerliche Institutionen führen wird. Wenn die Revolution einen Arbeiterstaat schafft, wird die Arbeiterdemokratie die Demokratie der Arbeiter als herrschende Klasse sein, und wenn die Revolution sich ausbreitet und die Wirtschaft sich in Richtung des weltweiten Sozialismus entwickelt, wird sie reiche Früchte tragen. Der demokratische Konföderalismus hingegen stellt sich eine „Transformation“ zu einer anderen Gesellschaft vor, die darauf abzielt, die „kooperative“ Produktion im Rahmen des Kapitalismus zu entwickeln. Er versucht, durch die Erweiterung des bestehenden Staates eine Form des Privateigentums (die Genossenschaften) und eine politische Form (die Räte) in Richtung „Sozialismus“ voranzutreiben.

Das heißt, die Produktion jedes beliebigen Produkts wird die angestrebten wirtschaftlichen Strukturen untergraben. Genossenschaften oder selbstverwaltete Fabriken hängen aber vom Markt ab, nicht umgekehrt. Die „Räte“ hängen von den bestehenden Staaten ab, die der unvermeidliche Ausdruck der wirtschaftlichen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise sind, und nicht umgekehrt.

Was sollte unsere internationalistische kommunistische Strategie sein?

Im Nahen Osten dienen die von den Imperialisten und regionalen Herrschern gezogenen Grenzen dazu, die Arbeiter*innenklasse und die Unterdrückten gegeneinander aufzuhetzen und die Region zu einer Bastion aller Formen der Reaktion zu machen. Während die Bourgeoisie jeder Nation ihre eigenen Arbeiter*innen und Werktätigen an den Nationalismus kettet und die Ausbeutung verschärft, versuchen die Imperialisten, ihren Anteil zu sichern, indem sie die Glut der regionalen Kriege anfachen.

Die kapitulierende reformistische Linie und die Bemühungen, sich in die regionalen Bourgeoisien und imperialistischen Mächte zu integrieren, wie sie von Bewegungen wie der PKK verfolgt werden, verewigen nicht nur die Knechtschaft des kurdischen Volkes, sondern saugen dem seit Jahren andauernden Kampf vampirgleich die Energie aus.

Heute ist der Nahe Osten zum Schauplatz der Aufteilung durch die imperialistischen Mächte geworden, ebenso wie er zum Zentrum der Kriege, des Völkermords, der Zerstörung und aller Formen der Reaktion geworden ist. Dies ist die sichtbarste Manifestation des verfaulenden imperialistischen Kapitalismus. Dem kann nur eine internationalistische kommunistische Strategie entgegengesetzt werden. Die Arbeiterklasse des Nahen Ostens muss mit den bürgerlich-nationalistischen und reformistischen Linien brechen und sich um Arbeiter*innenräte, Arbeiter*innenversammlungen und Arbeiter*innenwehren vereinen.

Alle revolutionären Kräfte der Region sind verpflichtet, die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse gegen die krieglerische Politik der regionalen Bourgeoisien zu organisieren.

Der gemeinsame revolutionäre Kampf der kurdischen, arabischen, persischen, türkischen und aller unterdrückten Völker auf der Grundlage der Arbeiter*innenklasse bietet die wahre Lösung im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Dafür ist die grundlegende Aufgabe, die internationalistische kommunistische Partei mit der Perspektive der permanenten Revolution aufzubauen, ohne im Treibsand nationalistischer Revolutionen und des Reformismus unterzugehen.

Alle Arbeiter*innen und Unterdrückten des Nahen Ostens, vereinigt euch unter der Flagge des sozialistischen Nahen Ostens!

Während Zerstörung und Barbarei miteinander wetteifern, müssen wir handeln, um die Flagge des sozialistischen Nahen

Ostens zu hissen, um der Arbeiter*innenklasse den wahren Weg zur Emanzipation zu weisen! Unter der Belagerung der Imperialisten, der regionalen Herrscher und der reaktionären Strömungen müssen sich alle Völker des Nahen Ostens zu einer einzigen Kraft vereinen, mit einem einzigen Programm: dem Sozialistischen Nahe Osten!

1. Der sozialistische Nahe Osten, die einzige realistische Alternative!

Die Zukunft des Nahen Ostens wird nicht in den Händen der Imperialisten, der regionalen Herrscher und der reaktionären Strömungen geformt, sondern unter der internationalistischen kommunistischen Führung der Arbeiterklasse. Heute lassen die Arbeiter*innenklasse und die unterdrückten Völker des Nahen Ostens nur eine Lösung gegen die verfaulenden Strukturen des Kapitalismus und Imperialismus zu: den sozialistischen Nahen Osten!

2. Die nationalen Probleme sind die Lösung des sozialistischen Nahen Ostens!

Palästina, Kurdistan und alle unterdrückten Völker können ihre Befreiung nur in der revolutionären Einheit der Arbeiter*innenklasse finden. Angesichts der nationalen Unterdrückung können nur proletarische Revolutionen und sozialistische Einigungskämpfe dauerhafte Lösungen bieten. Die nationale Befreiung wird nur durch den internationalistischen Kampf der Arbeiter*innenklasse möglich sein.

3. Die sozialistische Revolution gegen die imperialistischen Kriege und die reaktionären Strömungen!

Die imperialistischen Kriege und die reaktionären Strömungen werden benutzt, um unsere Völker gegeneinander aufzuhetzen und zu schwächen. Die Völker des Nahen Ostens können diesen Teufelskreis nur durch die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse durchbrechen. Sich unter der Flagge des sozialistischen Nahen Ostens zu vereinen, ist der einzige Weg, um diese Kriege zu beenden.

4. Der einzige Weg zur Emanzipation für Frauen und Minderheiten: der Sozialismus!

Frauen, nationale und sexuelle Minderheiten können wahre Freiheit nur im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft erlangen. Die reaktionären Strömungen und der Nationalismus verhindern weiterhin diese Befreiung. Der Sozialistische Nahe Osten ist das einzige Terrain, das Gleichheit und Freiheit für alle Völker bringen kann.

5. Die Arbeiter*innenräte, die Arbeiter*innenmilizen und die internationalistische revolutionäre Partei!

Die Unterdrückten des Nahen Ostens müssen sich in den Arbeiter*innenräten vereinen, sich mit Arbeiter*innenwehren verteidigen und der internationalistischen kommunistischen Partei anschließen. Die Arbeiter*innenklasse muss sich im gesamten Nahen Osten vereinen und eine revolutionäre Avantgarde gegen die Imperialisten und die regionalen Bourgeoisien bilden. Der Aufbau der internationalistischen kommunistischen Partei muss das vorrangige Ziel aller revolutionären Gruppen sein.

6. Die sozialistischen Sowjets des Nahen Ostens: ein kritischer Schritt auf dem Weg zum weltweiten Sozialismus!

Die sozialistischen Sowjets des Nahen Ostens haben nicht nur für die Völker der Region, sondern auch für die weltweite revolutionäre Bewegung eine entscheidende Bedeutung. Die Revolution im Nahen Osten wird den Weg zur weltweiten sozialistischen Revolution ebnen und den größten Schlag gegen den Imperialismus darstellen.

7. Die Epoche des Imperialismus ist die Epoche der proletarischen Revolutionen

In der Epoche des Imperialismus wird sich die Menschheit entweder in Richtung der proletarischen Revolutionen bewegen oder in Barbarei und Zerstörung versinken. Wenn wir keine proletarischen Revolutionen zustande bringen können, wird der Dritte Weltkrieg unvermeidlich. Dieser Krieg würde die ganze Welt zerstören, nicht nur den Nahen Osten. Für die Menschheit und alle Lebewesen des Planeten müssen der internationalistische revolutionäre Kampf und der Sozialistische Nahe Osten der Ausweg aus dieser Barbarei sein.

Nein zum Krieg zwischen den Völkern, nein zum Frieden zwischen den Klassen!

Klassenkampf gegen den Krieg!

Die kämpfenden Arbeiter*innen werden Frieden bringen!

Permanente Zerstörung oder permanente Revolution!

Es lebe der Sozialistische Nahe Osten!

Vorwärts zum Aufbau der internationalistischen kommunistischen Arbeiter*innenpartei!

Der Bolschewismus wird siegen!

6. März 2025

Enternasyonal Komünist İşçi Birliđi (Internationale Kommunistische Arbeiterunion)

PERMANENTE REVOLUTION

Mit der Herausgabe des Bulletins PERMANENTE REVOLUTION erfüllt die Gruppe KLASSENKAMPF eine wichtige organisatorische und politische Aufgabe: Wir legen die entscheidenden Dokumente und Texte unserer Strömung, des Kollektivs Permanente Revolution (CoReP), in deutscher Sprache gebündelt auf den Tisch. Nach wie vor finden sich die zentralen Texte auch in unserer Zeitschrift KLASSENKAMPF. Da es aber immer wieder sehr umfangreiche Dokumente gibt, wollen wir durch eine gesonderte Publikation unser Zentralorgan entlasten. Auch wenn alle Texte im Internet zugänglich sind, kann die "digitale Propaganda" das gedruckte Wort nicht ersetzen.

Die PERMANENTE REVOLUTION wird zweimal jährlich erscheinen und stellt die theoretischen Grundlagen und die politischen Erklärungen des CoReP zur Diskussion. Dabei legen wir besonderen Wert auf den Aufbau der revolutionären Arbeiter*innenpartei in jedem Land sowie der Revolutionären Arbeiter*inneninternationale als Instrument zur Überwindung des Kapitalismus. Der Aufbau der internationalen revolutionären Organisation ist der einzige Weg, der kapitalistischen Barbarei, der Kriegsgefahr, der Naturzerstörung, dem Rassismus und Faschismus ein Ende zu bereiten und den Sieg des Sozialismus auf globaler Ebene zu erkämpfen.

Für den internationalistischen Kommunismus, für die permanente Revolution und die Revolutionäre Arbeiter*inneninternationale!



Das Kollektiv Permanente Revolution (CoReP) und seine Sektionen im Internet

www.revolucionpermanente.com

Groupe Marxiste Internationaliste (Frankreich)

<https://groupemarxiste.info/>

Internaciema Kolektivista Cirklo (Spanischer Staat)

<https://www.ikcirklo.org/>

EKIB - Patronsuz Dünya (Türkei)

<https://www.patronsuzdunya.com/>

Octubre Rojo (Argentinien)

<https://octubrerojoorg.wordpress.com/>